

91
 n die Kreisgewerkschafts
 Kommission
 Fischern.
 Lastenstr. 87.
 Inserate werden laut Tarif
 täglich berechnet. Bei öfterem
 Einschaltungen Preisnachsch.

Goldemokrat

Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
 der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:
 Bei Zustellung ins Haus
 oder bei Bezug durch die
 Post
 monatlich . . . Kz 16.—
 vierteljährlich . . . 48.—
 halbjährig . . . 96.—
 ganzjährig . . . 192.—
 Rückstellung
 von Manuskripten erfolgt
 nur bei Einkendung der
 Retourmarken.
 Erscheint mit Ausnahme
 des Montags täglich 1922.

2. Jahrgang. Mittwoch, 11. Oktober 1922. Nr. 239.

Finanzkünstler Rašin.

Der starke Mann der neuen Regierungs-
 koalition, der früher vom Verwaltungsrats-
 zimmer der Zivnostenska Banka und nun vom
 Finanzministerium aus die Geschicke des Staa-
 tes lenkt, hat bei Uebernahme des gegenwärtig
 wichtigsten Ressorts in der Staatsverwaltung
 an seine Beamten eine Ansprache gehalten,
 aus der die Deffentlichkeit besser als aus sei-
 nem jüngst veröffentlichten Buche die Gründe
 seiner Finanzpolitik erfährt. Herr Dr. Rašin
 sagte:

Ich für meine Person bin überzeugt, daß wir,
 wenn wir die Wege gegangen wären, die wir in
 unserer Umgebung sehen, wenn wir unsere Wäh-
 rung und unsere Staatswirtschaft ruiniert hätten,
 nicht nur wirtschaftliche Verluste erlitten, sondern
 auch unsere politische Freiheit verloren hätten. Er-
 wäget nur, daß unsere Krone dort wäre, wo die
 österreichische oder ungarische Krone ist! Was
 müßte die Folge dieses ganzen Zustandes sein? Daß
 ein Verede angefangen hätte, die Zerstückelung
 Oesterreichs sei ein Unglück gewesen, in Mittel-
 europa müßte wieder irgendein einheitlicher Staat
 geschaffen werden. Das würden nicht nur unsere
 Freunde sagen, sondern vielleicht auch unsere
 treuesten Freunde. Wenn wir also danach streben,
 unseren Staat finanziell und wirtschaftlich zu stär-
 ken, wenn auch mit unpopulären Mitteln, wenn
 auch in einer Art, die der Bevölkerung und der
 Beamtenchaft Enttäuschung aussetzt, so tun wir
 doch nur in dem großen idealen Streben, die
 Freiheit unseres Staates zu sichern.

Nun wissen wir, warum das ungeheure
 Heer der Arbeitslosen so leidet, warum ein
 Industriebetrieb nach dem anderen geschlossen
 wird, warum es uns wirtschaftlich von Tag
 zu Tag schlechter geht! All das hat seinen
 Grund „in dem idealen Streben, die Freiheit
 unseres Staates zu sichern“. Es sind also
 nicht wirtschaftliche Erwägungen,
 die die ganze Finanz- und Wirtschaftspolitik
 der Tschechoslowakei leiten, es ist nicht die
 Sorge um das Wohl der Volkswirtschaft, das
 Wohl der arbeitenden Bevölkerung, sondern
 es ist die Sorge um die „Nation“,
 wie sie sich eben die Nationalisten vom Schlage
 des Herrn Rašin vorstellen. So wie Bismarck
 dem Deutschland im Osten zu helfen glaubte,
 indem er die Gewaltpolitik gegen die Polen
 betrieb, so glaubt der Herr Rašin, der tse-
 chischen Bevölkerung einen Dienst zu erweisen,
 wenn er sie wirtschaftlich zugrunde richtet. Herr
 Rašin glaubt, das tschechische Volk könne seine
 Freiheit nur bewahren, wenn die Arbeiter-
 schaft vollständig verelendet, wenn die Wirt-
 schaft vollständig verelendet, wenn die Wirtschaft
 ruiniert wird, die Industrie zum Stillstand
 kommt, tausende von Menschen, Männer,
 Frauen und Kinder, der Arbeitslosigkeit, dem
 Hunger und Elend überantwortet werden,
 wenn schließlich die Arbeiter gezwungen wer-
 den, auszuwandern — die Witkowiager Me-
 tallarbeiter will man nach Westfalen exportie-
 ren — wenn das Vaterland sie nicht mehr er-
 nähren kann. Wenn tausende von Menschen
 heute verzwweifeln, wenn sie die Hände ringen
 ob des furchtbaren Ungemachs, das über sie
 gekommen ist, ist dies in erster Linie die
 Schuld dieses sonderbaren Finanzkünstlers,
 der dem Volk die Freiheit nurre-
 tzen kann, wenn er es wirtschaft-
 lich und damit physisch zugrunde
 richtet.

Wir lassen diesmal beiseite, ob es mit
 den Grundätzen der Demokratie, ja, mit dem
 letzten Rest politischen Anstandesgefühltes noch
 zu vereinbaren ist, daß die Finanzpolitik eines
 Staates vom Führer seines größten Bankkon-
 zerns gemacht wird, wir wollen die Frage nicht
 erörtern, ob das tschechische Volk die dreihun-
 dertjährige Knechtschaft der Habsburger abge-
 worfen hat, um sich zum Sklaven der Zivno-
 stenska Banka zu erniedern. Auch darüber,
 wer sich alles an dem Aufstieg der tschechischen
 Krone bereichert — wollen wir heute nicht re-
 den. Aber man muß doch die einfache und
 schlichte volkswirtschaftliche Wahrheit der ver-
 derblichen Finanzpolitik des jetzigen Finanz-
 ministers entgegenhalten, daß man eine Va-
 lutapolitik nicht ins Blaue, sondern im Zu-
 sammenhang mit der gesamten
 Wirtschaftspolitik machen kann, daß
 man nur eine solche Valutapolitik machen kann,

Der Prozeß gegen die Rathenau-Mörder.

Generalsohn Stubenrauch und Zuchthäusler Bruedigam.
 Der geltrige Prozeßtag.

Selzig, 10. Oktober. (Eigenbericht.) Ein
 Produkt der nationalen Erziehung ist der Zeuge
 Heinz Stubenrauch, 18 Jahre alt, der, wie
 er heute als Zeuge erklärte, die Möglichkeit der
 Ermordung Rathenaus theoretisch erörtert
 hat. Einen Voratz, so behauptet er, habe er nicht
 gefaßt. Seit seinem fünfzehnten Jahre ist dieser
 Generalsohn Mitglied des „Bundes der
 Aufrechten“, der die Monarchie wieder aufrichten
 will. Er erlaubte sich das Urteil, daß Rathenaus
 Tätigkeit Deutschland schädlich war und führte das
 Verbrechen ab und den Kapallo-Ver-
 trag als Beweis an. Auf eine Frage des Bel-
 sizers Jehrenbach, ob er sich ein solches Urteil
 über die politische und wirtschaftliche Tragweite
 dieser Verträge zutraue, erklärte der junge Herr
 selbstbewußt: „Dieses Urteil ist meinem
 Alter angemessen.“ Nach Einstellung des
 Verfahrens besucht er ruhig die Schule weiter.
 Eine Ausstoßung wegen Mankels an sittlicher
 Reife hat dieser hoffnungslose Bengel von einem
 nationalen Lehrerkollegium nicht zu befürchten.
 Beliszer Jehrenbach traf den Vogel auf den Kopf,
 als er von dem gemeingefährlichen Zustän-
 den auf den hohen Schulen Deutsch-
 lands sprach.

Eine andere interessante Erscheinung ist der
 Zeuge Bruedigam, den Tilleßen gestern be-
 schuldigte, er habe ihn zur Ermordung Rathenaus
 aufgereizt. Bruedigam hat dies entschieden
 bestritten, er will vielmehr von Tilleßen und vom
 Kapitanleutnant Hoffmann, dem Leiter der Or-
 ganisation C. in München angeworben sein, um
 die Arbeiterschaft zum Auslande aufzureizen, da-
 mit in der Abwehr eine Militärdiktatur
 und eine Rechtsregierung aufgerichtet wer-

den könne. Als Mittel seiner Aufreizung ist von
 Hoffmann die Ermordung von Führern der
 Linken wie Scheidemann, Rathenau und
 Verlaß bezeichnet worden. Tilleßen habe ihm
 gesagt, sein (Tilleßen) Name sei ein Programm
 und unter Hinweis auf ein Bild habe er hinzu-
 gefügt: „Das ist mein Brüderchen, das hat sich
 das erste Schwein, (gemeint ist Erzberger) ge-
 fillt.“ Tilleßen hat die Sache vorher so dar-
 gestellt, daß er die Täterschaft seines Bruders be-
 stritten hat, den Ausdruck „Schwein“ habe er nicht
 gebraucht, das sei ihm gar nicht geläufig. (Das
 klingt bei einem Offizier der deutschen Armee
 oder Marine nicht sehr glaubwürdig. In der
 deutschen Armee brauchte der Offizier dieses
 Wort nur zu gern für den gemeinen Mann.)
 Zugegeben hat Tilleßen, daß er einmal vor
 Bruedigam den Ausspruch getan hat: „Wenn
 Rathenau den Bolschewismus über
 Deutschland bringt, dann sei es noch
 Zeit ihn niederzuschlagen,“ aber er habe
 das nur gesagt, um Bruedigam loszuwerden. Er
 will Kern auch durchaus von der Mordtat abge-
 raten haben und überzeugt gewesen sein, daß Kern
 den Plan ausgegeben hatte. Heute bezi-
 chigten sich Tilleßen und Bruedigam
 gegenseitig der Lüge. Dem man mehr
 glauben darf, ist schwer zu sagen, da Bruedigam
 ein wegen Betruges Verurteilter ist
 und zwei Jahre im Irrenhause saß
 und Spindelarbeit geleistet hat. Aber die
 Darstellung Tilleßen hat verschiedene auffällige
 Widersprüche. Wegen erneuter Erkrankung Wa-
 nckes wurde die Verhandlung mitten in der
 Vernehmung Bruedigams abgebrochen.

Die bayerischen Mordbanditen.

Bier Verhaftungen wegen Aufforderung zum Mord.

Berlin, 10. Oktober. Nach einer Mün-
 chener Meldung der „B. Z. am Mittag“ wurden
 auf Grund eines Haftbefehles der Staatsanwalt-
 schaft verschiedene Mitglieder der Organisation
 „Oberland“, darunter Hauptmann Beppo
 Römer, Dr. Frh. Bartels, der sogenannte
 Hauptmann Ludwig Desterreicher und der
 Kaufmann Friedrich Ender, wegen Verdachtes

der Vorbereitung und Aufforderung zum Morde
 festgenommen. Die Beschuldigten sollen den Mi-
 tgliedern des Bundes „Oberland“ Aufforderungen
 zur Begehung verschiedener Verbrechen übermittelt
 haben. Nach der „München-Augsburger Abend-
 zeltung“ soll es sich um den Plan der Ermordung
 verschiedener politischer Persönlichkeiten handeln.

bei der sich der Staat wirtschaftlich entwickelt,
 bei der die Industrie beschäftigt ist, und nicht
 eine Politik, die zu einem mehr als katastrophalen
 Anwachsen des Heeres der Arbeitslosen
 führt. Jedes Steigen der tschechischen Krone
 wird von den Anhängern Rašins mit Jubel
 begrüßt — und bringt tausende Menschen um
 Arbeit und Brot. In den letzten Tagen, da die
 tschechische Krone ein wenig zurückgegangen ist,
 haben wir wieder nach Oesterreich ausgeführt.
 Das neuerliche Steigen der Krone hat den
 Export total zum Stoden gebracht. So wie
 die Bahn eines „stegreichen“ Geldherrn durch
 die Leiden der Gefallenen gekennzeichnet ist,
 so ist die Bahn der Finanzpolitik des „Ste-
 gers“ Rašin gekennzeichnet durch geschlossene
 Betriebe, arbeitslose Arbeiter, hungernde
 Frauen und Kinder.

Der Herr Rašin hat in seiner Rede auch
 den Tadel der Wiederauferstehung
 Oesterreichs an die Wand gemalt. Wohl
 aus lauter Angst davor hat er gleich nach dem
 Umsturz alle wirtschaftlichen Beziehungen mit
 Oesterreich abgebrochen. Eine der ersten Taten
 der tschechoslowakischen Regierung nach dem
 Umsturz war nämlich die Erhöhung der Zölle
 gegen Oesterreich, was Oesterreich seinerseits
 mit Zollerhöhungen beantwortet hat und wo-

durch der Export tschechoslowakischer Fabrikate
 gedrosselt wurde. Jetzt, nachdem sie die wirt-
 schaftlichen Beziehungen zu Deutschland und
 Oesterreich glücklich zertrümmert haben, nach-
 dem die verantwortlichen Wirtschaftspolitiker
 monate- und jahrelang wie die Elephanten im
 Porzellanladen gehaust haben, möchten sie diese
 wirtschaftlichen Beziehungen wieder herstellen.
 Wären die Fäden, die zwischen der Tschecho-
 slowakei und Oesterreich liefen, nicht brutal
 zerrissen worden, dann wäre wohl die öster-
 reichische Krone nicht so tief gestürzt, aber
 auch wir hätten eher Absatz für unsere Pro-
 dukte gefunden. West und Ost die Wah-
 rung der Freiheit des tschechi-
 schen Volkes — vor der wir wie vor der
 Freiheit jedes Volkes alle Achtung haben —
 darin, daß man den Staat mit
 einer chinesischen Mauer umgab
 und ihn von der Welt abgesperrte? Daß die
 wirtschaftliche Gemeinamkeit,
 die jahrhundertlang bestanden haben, so jäh-
 durchschnitten wurden, das war eben der
 grundsätzliche Fehler, der nach dem
 Umsturz begangen wurde. Die Absonderung
 von unseren Nachbarländern hatte zur Folge,
 daß wir uns von unseren Absatz-
 märkten isoliert haben. Und gerade die

Entwicklung der letzten Zeit beweist es augen-
 fällig, daß wir uns nur gemeinsam aus
 dem Elend retten können! Wir und Oester-
 reich, denn auch wir sind nothleidend, wenn uns
 auch der Schuh an einer anderen Stelle drückt
 als unseren südlischen Nachbarn. Wir können
 daher nur freudig der klugen Rede zustimmen,
 die unser Genosse Kanusch als Präsident
 der Arbeiterkammer in Wien jüngst gehalten
 hat und in der er erklärte?

„Aus der Gegenüberstellung der österrei-
 chischen und tschechoslowakischen Wirtschaftsverhält-
 nisse ergibt sich für jeden Wirtschafts- und Sozial-
 politiker die naheliegende Forderung, ob nicht der
 Rat der beiden Staaten, deren Interessen sich zum
 Teil ergänzen, durch wirtschaftliche Uebereinkom-
 men mit der Tschechoslowakei abgeholfen werden
 könnte. Was liegt näher als der Gedanke, durch
 Ueberleitung der in der Tschechoslowakei aufge-
 stapelten Rohstoffe und Warenmengen die österrei-
 chische Industrie zu alimentieren, damit die Aus-
 fuhrmöglichkeit zu heben, den Kronenkurs zu ver-
 bessern oder doch zu stabilisieren und auch der an-
 deren Seite dem tschechischen Proletariat neue Ar-
 beitsmöglichkeiten zu schaffen.“

Wenn sich unsere verantwortlichen Wirt-
 schaftspolitiker und Staatspolitiker nur ein wenig
 aus der nationalistischen Enge befreien könn-
 ten, in der sie sind, sie müßten freudig in die
 Hand einschlagen, die ihnen da entgegengestreckt
 wird.

Der Herr Rašin sagte auch in seiner Rede,
 daß es seine größte Sorge immer war, „daß
 wir auf der eingeschlagenen Bahn ausfahren“. Die
 Worte des neuen Finanzministers wer-
 den die Arbeiterschaft mit schwerer Sorge er-
 füllen. Der Herr Rašin gedenkt
 also, unsere Krone noch höhere
 Regionen zu treiben, als bis-
 her. Wie lange er das noch tun wird
 hat er nicht gesagt. Voraussetzlich so-
 lange, bis wir wirtschaftlich ganz zu-
 grunde gehen, bis alle Industriebetriebe still-
 stehen und bis die Massen der Bevölkerung
 buchstäblich verhungern. In Wahrheit werden
 unsere Finanzkünstler die Geister, die sie rie-
 sen, nicht mehr los werden. Sie haben es nicht
 mehr in der Hand, die Krone von ihren wag-
 halftigen Klettertouren zurückzuhalten, denn
 unsere Währungsseinheit ist zum Objekt des
 Hörsenspiels gemorden und die großen Speku-
 lanten der New Yorker, Londoner und Züri-
 cher Börse entscheiden über das Wohl und
 Wehe der Massen der Bevölkerung, sie ver-
 urteilen die Arbeiterschaft dieses Staates zu
 Arbeitslosigkeit und Hungerdasein.

In den letzten Wochen schimmert den Ar-
 beitern Englands und Amerikas ein Hoff-
 nungsstrahl auf, daß es bald wieder besser
 werden wird. In England gibt es eine halbe
 Million Arbeitsloser weniger als zu Beginn
 des Jahres, in Amerika steigt die Beschäfti-
 gung der Betriebe fast aller Branchen, sogar
 kleine Lohn erhöhungen konnten die Arbeiter
 in der allerletzten Zeit durchsetzen. Aber die
 erste Welle der guten Konjunktur findet einen
 Damm, an dem sie sich bricht: die Währungs-
 zerrüttung Mitteleuropas. Daß die deutsche
 Mark und die österreichische Krone, sowie die
 Währung der anderen mittel- und osteuropäi-
 schen Staaten so tief und die tschechische Krone
 im Verhältnis dazu so hoch stehen, verhindert
 das Wiederaufleben des Exports und daran
 trägt die Finanzpolitik des Herr Rašin, die
 er seit dem Jahre 1918 betätigt, ihr gerüttelt
 Maß von Schuld.

Herr Rašin möge sich also auf seine Kunst
 nicht so viel einbilden. Sein Ruhm wird heute
 noch verkündet, am meisten von seinen Par-
 teigenossen und von ihm selbst und auch in
 den tschechischen sozialistischen Parteien findet
 sich keine Stimme, die vor dem verderblichen
 Weg warnen würde, den die Finanzpolitik der
 Tschechoslowakei wandelt. Die Geschichte wird
 freilich ein anderes Urteil fällen als die Lob-
 hubler des Herrn Rašin, sie wird vor allem
 ihm die Schuld beimessen daran, daß er un-
 sere Industrie zugrunde gerichtet, die Entwik-
 lung der Tschechoslowakei zum Agrarstaat un-
 bewußt oder vielleicht auch bewußt gefördert
 und uns in der wirtschaftlichen Entwicklung
 um Jahrzehnte zurückgeworfen hat. Nicht als
 den großen Finanzkünstler wird ihn die Ge-
 schichte feiern, sondern als dieses Staa-
 tes größten Verderber.

Gegen den Währungsverfall in Deutschland.

Von unserem Berliner Korrespondenten.

Was man auch gegen die ununterbrochen fortwährende steigende Teuerung in Deutschland bisher getan hat, ob man nun die Wucherer mit schweren Strafen bedrohte und einige zurückgehaltene Waren beschlagnahmte, ob man den Agrariern die Bewilligung ihrer Forderungen verweigerte oder gegen die Preispolitik der Syndikate der Industriellen und der Händler vorging; alles das und noch manches mehr muß in nichts zerfallen, wenn nicht endlich dem weiteren Verfall der deutschen Währung begegnet wird. Bisher konnte man sich darauf berufen, daß man der Entwertung der deutschen Valuta wie einem unabwehrbaren Naturereignis gegenüberstehe, solange nicht festgestellt sei, wieviel Deutschland für die Reparationen zu zahlen habe und ob diese Zahlungen auch im Rahmen seiner Leistungsfähigkeit lägen. Diese Feststellung ist zwar noch nicht erfolgt, denn das Londoner Ultimatum mit seinem Riesenziffern wird über kurz oder lang einer Revision unterzogen werden müssen. Aber Deutschland hat jetzt immerhin durch das Abkommen mit Belgien eine Zahlungsruhe von mehreren Monaten erhalten und diese Frist muß zu benutzt werden, um wenigstens den ernsthaften Versuch zu unternehmen, den Kurs der deutschen Mark zu stabilisieren.

Trotzdem die deutsche Reichsbank zur Zeit für die Zwecke der Reparationszahlungen keine Devisen anzukaufen braucht, also die Nachfrage nach ausländischen Zahlungsmitteln wesentlich nachgelassen haben muß, können wir den merkwürdigen Vorgang verfolgen, daß deren Kurse in den letzten Tagen fortgesetzt in die Höhe gingen. Der Dollar, der eigentlich die Wertmaßstab für die deutsche Valuta, stand eine geraume Zeit auf etwa 1500; dann kletterte er wieder in die Höhe und heute hat er mit 2100 bis 2200 den bisher höchsten Stand von Juli und August wieder erreicht. Selbst die österreichische Krone, die bisher den Schwankungen der deutschen Valuta getreulich gefolgt ist, beginnt sich von der Mark zu lösen. Die österreichische Krone, die am 2. August in Berlin 1,25 Mark kostete, wurde am 4. Oktober mit 2,95 Mark bewertet. Auch die eigentlichen Ostdevisen zeigen bereits eine gewisse Stabilisierung, von der tschechischen Krone gar nicht zu reden, die beinahe den Stand der italienischen Lira erreicht hat.

Wie ist die Erscheinung zu erklären, daß trotz der verhältnismäßig günstigen politischen Situation, trotzdem die deutsche Privatwirtschaft schon seit anderthalb Jahren im Zeichen der Hochkonjunktur steht, die Flucht vor der Mark sich immer weiter fortsetzt? Die Mark hat so gut wie ganz, ihre Geltung als Wertmesser im internationalen Warenverkehr eingebüßt, sie steht auf im inländischen Handel hinter den ausländischen Zahlungsmitteln, sie besitzt keine Wertbeständigkeit mehr. Selbst der Kleinhändler, der in seinem ganzen Leben keine amerikanische Note gesehen hat, setzt seine Preise nach dem Dollarkurs fest, nachdem die großen Unternehmungen schon längst zur fremden Währung, erst im Einkauf, jetzt auch bei der Fakturierung an die Inlandskunden, übergegangen sind. Nur die Arbeiter, Angestellten, Beamten und alle jene Volksschichten, die keine Sachwerte besitzen, können sich der andauernden Marktverschlechterung nicht entziehen. Je geringer der Wert der deutschen Zahlungsmittel, desto mehr bläht sich sein Umlauf auf. Die deutsche Reichsbank verzeichnet folgenden Notenumlauf: Am 22. Juni 157,94 Milliarden, am 22. Juli 177,02, am 23. August 215,16, am 7. September 252,37, am 15. September 271,59, am 23. September 290,67, am 30. September 316,86 Milliarden. Der Notenumlauf hat sich also in diesem Vierteljahr verdoppelt und dabei herrscht noch immer ein fühlbarer Mangel an Zahlungsmitteln.

Es ist klar, daß von einer grundlegenden Währungsreform nicht gesprochen werden kann, solange nicht die Reparationsverpflichtungen Deutschlands mit seiner ökonomischen Leistungsmöglichkeit in Einklang gebracht sind. Aber das eine muß jetzt angestrebt werden: den weiteren Verfall der deutschen Währung aufzuhalten. Die Vertreter der Gewerkschaften haben bei ihren Besprechungen mit der Regierung über die Maßnahmen gegen die Teuerung gerade auf diesen Punkt mit besonderem Nachdruck hingewiesen. Es gibt eine Reihe von Mitteln, um diesen Zweck zu erreichen. Zunächst muß die Reichsbank mit Hilfe ihres Goldbestandes eine Stützungsaktion unternehmen. Sie kann den Goldfonds als Grundlage für die Beschaffung einer Devisenanleihe im Auslande benutzen und auf diese Weise die Regierung vom Devisenmarkt unabhängig machen. Dadurch könnte auch endlich das Gleichgewicht in der Zahlungsbilanz hergestellt werden. Eine zweite Maßnahme wäre die Aufnahme einer inneren Goldanleihe, um mit ihrer Hilfe ein wertbeständiges deutsches Papier zu schaffen und den überschüssigen Devisenumlauf einzudämmen. Schließlich aber muß der Spekulation mit Devisen und ihrer Ansammlung gründlich zuleibe gegangen werden. Nur wer Waren aus dem Auslande bezieht und sie unbedingt mit ausländischen Zahlungsmitteln begleichen muß, darf sich Devisen anschaffen. Die Außenhandelsstellen, die jetzt vielfach den besonderen Interessen der indusrierten Industrien dienen, müssen die Kontrolle darüber übernehmen. Kurzum, das Vertrauen in die deutsche Mark muß im Inlande wieder hergestellt werden, dann wird sie auch in der Weltwirtschaft wieder erhöhte Geltung bekommen.

Aber alle diese Währungsmaßnahmen müssen nutzlos bleiben, wenn nicht zu gleicher Zeit die Steuergesetzgebung einer gründlichen Umgestaltung unterzogen wird. Der Staat deckt seine Ausgaben jetzt noch zum großen Teile dadurch, daß er immer neue Noten in den Verkehr werfen läßt. Es muß dafür gesorgt werden, daß der Umlauf an Zahlungsmitteln eingedämmt wird, daß dem Staat die Mittel zu seiner Existenz aus dem Besitz und dem Einkommen seiner Leistungsfähigen Bürger zugeführt werden. Es hieße das ganze Steuerwesen in Deutschland schildern, wollte man aufzählen, was in dieser Hinsicht bisher veräußert worden ist. Wir wollen dahingestellt sein lassen, ob es richtig ist, was von der französischen Regierung immer wieder behauptet wird, daß nämlich Frankreich unter seiner Steuerlast fast zusammenbräche, während in Deutschland viel zu wenig an Steuern gezahlt werde. Aber das eine steht fest, daß bisher die bestkloster Kreise weit über ihr Vermögen hinaus zu den Staatslasten herangezogen wurden, während die Ruheständler des Kapitals im fast ungehörten Genusse ihrer fetten Gewinne gelassen worden sind. Die Erfassung der Sachwerte muß endlich beginnen, der Staat muß an den Erträgen der kapitalistischen Wirtschaft in ausreichendem Maße beteiligt werden.

Es ist keine Zeit mehr zu verlieren, wenn dem Währungsverfall begegnet werden soll. Schon beginnt die Erwerbslosigkeit wieder zu steigen; die kleineren Betriebe in den Metallindustrien, das Baugewerbe, die graphischen Unternehmungen klagen entweder über Kapitalmangel oder über das Ausbleiben neuer Aufträge. Die schwersten sozialen Erschütterungen sind zu erwarten, wenn die wahnwitzige Teuerung und der Mangel an den notwendigsten Lebensbedürfnissen mit einer größeren Arbeitslosigkeit zusammentreffen sollten. Mit kleinen Mitteln kann nichts mehr gebessert werden, jetzt muß durchgegriffen werden. Die Stabilisierung der Währung muß in Angriff genommen, der Staatshaushalt ins Gleichgewicht gebracht, der Notenumlauf eingedämmt werden. Die deutsche Republik erscheint nur deswegen als ein so schwaches Gebilde, weil sie es bisher nicht gewagt hat, die besitzenden Klassen zu Hergebe der Mittel

zu ihrer Existenz zu zwingen. Wenn sie noch länger damit zögert, so wird sie auch materiell zum Spielball der reaktionären Kreise werden.

Die Vereinigung der beiden sozialdemokratischen Parteien ist von der Masse der arbeitenden Bevölkerung nicht zum wenigsten deshalb begrüßt worden, weil sie davon eine Stärkung des proletarischen Einflusses auf Gesetzgebung und Verwaltung erwarteten. Die ablehnende Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu der Forderung der Erhöhung des Preises für das Unlosgetreide hat bereits gezeigt, daß die Vereinigte Partei den festen Willen hat, die Erwartungen der Arbeiter nicht zu enttäuschen. Sie hat jetzt auch den Kampf gegen den Währungsverfall und damit den wirklichen Kampf gegen die Teuerung aufgenommen. Wenn nicht mit der Koalition, dann gegen sie!

Inland.

Die „Pötkä“ ist tot, es lebe die „Dvacitka“!

Raum ist noch die „Pötkä“ unter frommen Leihengeldern zu Grabe getragen und schon feiert sie, wenn auch in etwas veränderter Gestalt, wieder ihre Auferstehung. Tschechischagrarische Blätter hatten schon vor einigen Tagen die Meldung gebracht, daß anstelle des Finanzausschusses unseligen Andenkens ein Zwanzigerausschuß ins Leben gerufen werden soll, um die Rolle der in die Regierung eingetretenen Pötkamitglieder zu übernehmen. Gestern veröffentlichte das Blatt der Brüner tschechischen Sozialdemokraten darüber Näheres, aus dem zu ersehen ist, daß wirklich die Absicht besteht, wieder eine Nebenregierung zu schaffen. Die neue „Pötkä“ soll aus zwanzig Personen bestehen und soll eine Erweiterung ihres Wirkungsbereiches dadurch erfahren, daß sie nicht mehr bloß Vermittlungsorgan der Mehrheit des Abgeordnetenhauses gegenüber der Regierung, sondern auch gegenüber dem Senat und der tschechischen Presse sein soll. Die neue Nebenregierung soll zusammengestellt sein aus je zwei Vertretern der Klubs der koalitierten Parteien des Abgeordnetenhauses, aus je einem Vertreter der Klubs der tschechischen Parteien des Senats, aus Vertretern der Exekutivkommission (1) der koalitierten Parteien und aus Vertretern der Regierung. Die Vertreter der Exekutivkommission dürfen nicht Mitglieder des Parlamentes sein. Dieser „Dvacitka“ wird ein eigenes Sekretariat angehängt, dessen Leitung der Legationsrat Simel übernimmt. Die „Dvacitka“, beziehungsweise das Sekretariat wird nicht nur auf die Klubs der beiden Kammern Einfluß nehmen, sondern auch auf die Parteien und ihre Zeitungen.

Die Wiedererweckung dieser verhängnisvollen Körperschaft soll also in noch ärgerer und herausfordernder Form erfolgen, als es die alte war. Hat schon der Bestand und das Wirken der „Pötkä“ das Parlament zu einer lächerlichen Scheininstitution herabgewürdigt, so wird die „Dvacitka“ alle parlamentarischen Begriffe geradezu auf den Kopf stellen. In der „Pötkä“ saßen doch wenigstens durchwegs Mitglieder des Abgeordnetenhauses, während in der neuen Körperschaft, in deren Hände die Leitung der parlamentarischen und politischen Geschäfte gelegt werden soll, auch Nichtparlamentarier sitzen sollen. Nichtgewählte Personen und ein Regierungsbeamter werden also, wenn die „Dvacitka“ zustande kommt, die parlamentarischen Geschäfte mitteilen. Man sage uns, in welchem zweiten Parlamente der Welt noch etwas Ähnliches möglich wäre!

Die Unannehmlichkeiten der tschechischen Grenze. Reisen ist fast immer mit Unannehmlichkeiten verbunden, doch wer ein wenig Umsicht und Erfahrung hat, kann den meisten Schwierigkeiten doch in der Regel ohne besondere Mühe aus dem Wege gehen oder fahren. Aber alle Übung und Vorsicht ist umsonst für denjenigen, der durch die tschechoslowakischen Zollstranten aus dem Lande hinaus oder in das Land herein will. Das Passierenwesen hat sich ja in den letzten Monaten so breit gemacht, daß man mancherlei Härten versteht. Dennoch sollten die hiesigen Zollbehörden nach anderen als den leider üblichen Richtlinien handeln, vorausgesetzt, daß solche Richtlinien überhaupt entsprechend vorhanden sind. Ein Fall, der einem Genossen unlängst widerfahren ist, verdient Beachtung. Der Betreffende trat seine Urlaubsreise in das Ausland mit einigen neuen Kleidungsstücken und Gebrauchsgegenständen an und ersuchte, da er die Schwierigkeiten bei der Rückreise vermeiden wollte, den tschechischen Beamten in Gmünd, ihm eine Bestätigung über die neuen oder fast neuen Sachen auszustellen oder sie wenigstens abzustempeln, um später, bei der Rückkehr in die Tschechoslowakei, nicht in den Verdacht eines Passiers zu kommen. Dieses Ersuchen schlug der souveräne Beamte von Gmünd rundweg ab und war durch nichts zu bestimmen, dem sicherlich gerechtfertigten Verlangen nachzukommen. Er gab vielmehr dem Reisenden den lächerlichen Rat, sich ins Ausland über jeden Gegenstand die Rechnung nachsenden zu lassen. Nach der Meinung dieses Gewährigen vom Bahnhof in Gmünd sollte sich also jeder, der über die tschechische Grenze reist, die Rechnungen über jeden neuen Anzug, Nebrock, Hut usw. mitnehmen. Das wird man wohl nicht im Ernst verlangen können und es widerspricht auch ganz den Auskünften, die die Zollämter im Inland hierüber erteilen. Diese raten vielmehr jedem Vorsichtigen, sich den Besitz der neuen Stücke eben an der Grenze bestätigen zu lassen. — Das Interesse des ehrlich und ohne Schmutzgehabigkeiten reisenden Publikums erfordert es, daß die verschiedenen, durchwegs nicht höflichen Revisionsbeamten an der tschechischen Grenze einheitliche Weisungen für ähnliche Fälle erhalten.

Das Parlament soll, wie der gestrige „Becker“ meldet, zwischen dem 24. und 31. Oktober einberufen werden. Die ersten Sitzungen werden den Debatten größeren Stiles gewidmet sein, deren erste der Regierungserklärung und deren folgende den Referaten des Außenministers Dr. Beneš folgen werden. Der Monat November bleibt wahrscheinlich ausschließlich den Verhandlungen über das Staatsbudget für das Jahr 1923 vorbehalten. Die „Pötkä“ wird von einem 20gliedrigen Ausschuss, der „Dvacitka“ abgelöst werden, in welcher je zwei Abgeordneten-Vertreter der fünf koalitierten Klubs, je ein Vertreter der Senatorenklubs und je ein Vertreter der Exekutivkommission sitzen werden. Dieser Exekutivkommission gehört dann nicht dem Parlament an.

Bewilligungen — und gleichzeitig Steigerungen von Zulagen der Staatsangestellten. Wie die „Prager Presse“ erfährt, sollen die Teuerungszulagen für die Staatsangestellten, deren Auszahlung gesetzlich bis zum 31. Dezember dieses Jahres bewilligt war, in Anbetracht der herrschenden Teuerungsverhältnisse auch für das nächste Jahr bewilligt werden. Im Ministerium für soziale Fürsorge wurde ein Antrag in diesem Sinne ausgearbeitet, der der Nationalversammlung nach ihrem Zusammenritt vorgelegt werden wird. — Gleichzeitig meldet die „Nat. Politika“ aus Kaschau, daß trotz aller bisherigen Demütigungen den dortigen Staatsangestellten bei der Auszahlung ihrer Gehälter am 1. Oktober die für das in der Slowakei wirkende Personal ausgelegte 50prozentige Teuerungszulage in Abzug gebracht worden ist. Bei vielen Beamten machte dies 600 K im Monat aus und das Geschehe zu einer Zeit, wo der Preisabbau eigentlich nur auf dem Papiere stehe. — Angesichts dieser letzten Meldung muß man der ersten Nachricht großen Zweifel entgegenbringen.

Die Republik an der Arbeit.

Von Felix Stöffinger (Berlin).

Die deutsche Republik, die vier Jahre und 354 ungeführte politische Morde von rechts gebraucht hat, um sich zu einigen strengen Erordnungen gegen die Reaktion aufzuheben, hat endlich ein Gebiet entdeckt, auf dem viel und gründliche Arbeit geleistet werden kann. Und man muß sagen, zum ersten Mal seit der Reichsgründung wirken die Ministerien nicht gegen, sondern miteinander. Während bisher alle republikanische Erneuerung an der offenen oder geheimen Sabotage der untergeordneten Stellen scheiterte, scheint diesmal endlich alles ein Herz und eine Seele zu sein. Ja man sieht, die Sache macht allen unseren Leuten, die sonst so wenig neuerungsfähig sind, Freude. Es wird mehr als gearbeitet. Ein bewundernswürdiger Scharfsinn ist dabei, immer neue Anlässe zu finden, wo man die neue Richtung anwenden kann. Bisher klagte man über die Schwerfälligkeit der Beamten. Pöthlich entwickeln sie einen wahren Scharfsinn. Es wird mit einer Frische gearbeitet, wie auf einem Neubau. Wer zweifelt noch, die Republik ist endlich auch in den Herzen da!

Die Sache allerdings, um die es sich handelt, ist sonderbar genug. Die große Reform erstreckt sich nämlich nicht auf eine Säuberung der Öffentlichkeit von Reliquien der Kaiserzeit, sondern man denke nur, auf die Ausrottung der Lateinschrift. Wer in der hohen Regierung auf

diesen Gedanken gekommen ist, wird sich wohl nie eründern lassen. Jedenfalls, das eine steht fest: die Republik kämpft gegen die Lateinschrift, und mit mehr Erfolg als gegen die Reaktion, die Teuerung, den Weltkrieg und andere scheinbar weniger wichtige Erscheinungen des öffentlichen Lebens.

In früheren Jahren konnte man öfters im Zusammenhang mit Revolutionen lesen, daß der Geist der neuen Zeit mit der Lateinschrift marschiert. Bald kam aus China, bald aus Japan, bald aus der Türkei die Nachricht, das neue Regime plane die Einführung des mitteleuropäischen Kalenders, der mitteleuropäischen Zeit und vor allem der Lateinschrift, da jede absonderliche Schrift der Erklärung der Sprache, dem Weltverkehr, dem internationalen Zusammenleben besondere Schwierigkeiten bereite. Die Einführung der Lateinschrift hat sich allerdings nicht so leicht verwirklichen lassen, da zum Beispiel die chinesische Schrift sich durch eine andere einfach nicht ersetzen läßt. Aber in solchen Absichten lag immer der Zug zur Vereinheitlichung der Welt, zur Entfernung überflüssiger Hemmnungen zwischen den Nationen.

Die deutschen Behörden denken anders. Der Nationalismus, der in Deutschland so stark ist, trägt den Zug nach Abschluß von der Außenwelt in sich. Im Betonen der nationalen Eigenheit, mit dem Willen, sie unter allen Umständen zu erhalten und auch gegen das Bessere zu bewahren und sie womöglich den anderen mit dem Schwerte aufzudrängen, liegt das Wesentliche des bornierten Nationalismus. Soviel wie

jetzt ist noch nie in Deutschland vom „Pöthlichen“ gesprochen worden. Diese arme beschränkte Masse glaubt wahrhaftig, im trohigen und steifen Festhalten und Beharren bei einzelnen durch frühere Verhältnisse geschaffenen Eigentümlichkeiten bessere Zeiten herbeizuführen. Nur aus diesem stumpfsinnigen Nationalismus heraus kommt der Feindzug gegen den Gebrauch der Lateinschrift im öffentlichen Leben. Man möchte sozusagen durch eine Schrift, die der Ausländer nicht lesen kann, ihm zeigen, was für eine unnachgiebige Eigenart wir besitzen.

Als zuerst die neuen Briefmarken mit sogenannten deutschen Lettern erschienen, hielt man das für eine Eigentümlichkeit des Künstlers, der die Marke entworfen hatte. Aber weit gefehlt. Es war ein System, das sich einnistete und da zu arbeiten begann, wo es am wenigsten gestört wurde. Die Verbeugung der Post wird seitdem stillschweigend auf allen Gebieten durchgeführt. Und mit welcher Konsequenz! Täglich macht die „Verdeutschung“ einen neuen Fortschritt, denn da sind alle dabei. Die Marken, die Postwagen, die Schilder an den Posthäusern, alles wird „verdeutsch“, und man kommt, wenn man das einmal beobachtet hat, nicht aus dem Staunen heraus, wieviel in dem bettelarmen Deutschland gestrichen wird.

Die Post, die einmal in Deutschland wirklich musterbildend war, die heute mit ihren Leistungen geradezu erschreckend zurückgegangen ist und durch ganz blödsinnige Schikanierungen das Publikum möglichst abzuschrecken sucht, hat natürlich den Ruhm der Nachbarbehörden nicht schla-

fen lassen. In Berlin wird seit zehn Jahren am Bahnhof Friedrichstraße herumgearbeitet. Nun ist er soweit, daß ein neues Gleispaar bald fahrbar sein wird. Und siehe da, ein riesengroßes Schild verkündet dem Reisenden nicht mehr in Lateinschrift wie auf sämtlichen Bahnhöfen der Republik, sondern in einer schlecht lesbaren, verschörtesten Frakturchrift, wo er angekommen ist. Auch in der Stadt Berlin hat eine der vielen unbeschäftigten Magistratsbehörden der Lateinschrift den Krieg angefangen. Eines Tags fährt man durch die Leipzigerstraße, und siehe da, eiserne Bäumen sind neu gepflanzt worden, deren Äste ein in Kurvent gemaltes „Leipzigerstr.“ tragen. Das sollte, wie verkündet wurde, ein „Versuch“ sein. Wenn er gelingt, sollte nach und nach ganz Berlin umgemalt werden. Auch die Elektrische war gleich dabei. Pöthlich kommt eines Tages die 56 mit blühblanken neuen Schildern an, auf denen die passierten Straßen „deutsch“ genannt sind. Auch das sollte ein „Versuch“ sein! Natürlich wäre er nach Ansicht der maßgebenden Verdeutschung „gelingen“ und man hätte jahrelang die Berliner Straßenschilder mit einem Kostenaufwand von ein paar hundert Millionen umgemalt, wenn nicht die Arbeiterpresse Lärm geschlagen hätte. Und das, nachdem die Umbenennung byzantinischer Straßennamen immer wieder mit dem verlogenen Pöthweis auf die hohen Ummalungskosten belämpft worden ist!

Man soll solche Erscheinungen nicht allein von der komischen Seite nehmen. Es steckt etwas ganz anderes dahinter als ein Schildbürgerreich. Arbeiten doch tausende Hände an dieser Umma-

Ausland.

Verchwörer Ludendorff — „Verräter“ Fehrenbach.

Der Prozeß gegen die Mörder Rathenau hat unerwartete Ueberprüfungen gebracht. Man durfte nach dem, was man bisher mit Nordbuben dieses Kalibers erlebt hatte, mit Recht vermuten, daß die „Helden“ der alldeutschen Presse, die stets stuchtbereiten Brutusse, sich als jämmerliche Feiglinge entpuppen würden. Das haben sie auch pünktlich bezeugt, einer brach kläglich zusammen als der andere und insgesamt waren sie sich darin einig, alle Schuld auf den toten Kern abzuwälzen. Was man aber nicht erwarten konnte, war, daß Ludendorff in Person mitten zwischen den Günstern und Tilsessen auf der Anklagebank Platz nehmen werde, und gerade das ist geschehen. So sehr sich der Vorsitzende Hagens — dieser Präsident des Staatsgerichtshofes gilt als Republikaner und repräsentiert wohl jene Art „Republikanismus“, welche deutsche Richter bestenfalls aufbringen vermögen — bemühte, von dem peinlichen Punkt loszukommen, erfuhr man doch, daß der große Ludendorff an Günstler ein Duzend Briefe geschrieben habe. Eigenhändig geschrieben, seitenslang, und „lieber Günstler“ überschrieben an einen Mann, der sich der Fahnenflucht und dem moralischen und faktischen Hochstapeln schuldig gemacht hat! Mit diesem minderwertigen Menschen befreundet gewesen zu sein, bedeutet ein Zeugnis der Minderwertigkeit für Ludendorff. Und wenn sich Präsident Hagens dagegen wehrt, daß die Briefe verlesen wurden, so ist das ein sicherer Beweis dafür, daß die Daz- und Gewaltatmosphäre, in der sich Günstlers Denken bewegte, durch den Feldherrn mit genährt worden ist. Zum Rathenauord hat er bestimmt nicht geraten, er behüte, dafür ist ein „Strategie“ von Ludendorffs Rang zu vorsichtig. Aber den geistigen Boden hat er düngen helfen, dem die Tat entwuchs, um seine Düngung ist er weiterhin bemüht und der „kaiserliche Herr“, der eben seine schauerlichen Lügenenttarnungen losläßt, arbeitet genau in der gleichen Richtung.

Welche Stidluft in den Kreisen herrscht, die allen deutschen politischen Verbänden Parte stehen, dafür ist die Affäre mit den Giftbomben ein bezeichnendes Zeichen. Die Gymnasialisten, Privatdetektivs und Leutnants sind alldeutschen Drahtziehern eben gut genug, dunkle Taten zu begehen und die wirksamsten Gegner der Abenteuerpolitik aus dem Wege zu räumen. Aber sie sind, wie die Soldaten des Weltkrieges, nur das Kanonensfutter und sie müssen, wenn es die Pläne der Herrschaften verlangen, aus der Welt verschwinden. Selbst vor den eigenen Brüdern, deren Plaudern gefährlich zu werden droht, macht die Mörderbande nicht halt, sie hat für sie nur — Pralinés.

Die Schandfäule, welche den Alldeutschen in Leipzig errichtet wird, hat ihr würdiges Gegenstück im Münchener Fehrenbachprozeß. Da sind die Reaktionen offen, nicht nur verdeckt wie im Falle Hagens, die Herren und sie bemühen ihre Macht, um eine aufreizende Gerichtskomödie zu spielen. Der Prozeß nimmt von Stunde zu Stunde seltsamere Formen an. Am ersten Verhandlungstage trat das Bestreben zutage, dem Prozeß, soweit er sich in der Öffentlichkeit abspielen darf, die Gestalt eines Prozesses gegen Erzberger und Eisner zu geben. Der Vorsitzende behauptete, die breite Aufrollung der Eisnerischen Politik sei nötig, um für Fehrenbachs, des Eisnerschülers, Psyche Verständnis zu gewinnen. Noch einmal erörterte der Vorsitzende die Kriegsschuld, die Frage der Veröffentlichung des Schönenberg-Briefes; man merkte die Absicht, Eisner als Landesverräter zu brandmarken, der zielbewußt Deutschland geschädigt habe. Eine Eisnerbiographie wurde verlesen, Reden wurden zitiert, seine Schriften wurden auszugsweise bekanntgegeben. Schließlich wurde der Versuch unternommen, ausgerechnet Eisner und die USP, als separatistisch und reichszerstörend darzustellen. Eine große Rolle unter den Beweismitteln spielen Briefe Fehrenbachs an seine Frau, von der er

Der Kampf im Kohlenbergbau.

Eine Konferenz beim Arbeitsminister.

Währ.-Ostau, 10. Oktober. (Tsch. P.-B.) Das Ministerium für öffentliche Arbeiten hat für Donnerstag vormittags die Vertreter der Unternehmer und der Arbeitnehmer der hiesigen Kohlenindustrie zu einer Beratung zwecks Beseitigung des Konfliktes im Ostau-Karwiner Revier nach Prag eingeladen. Gleichzeitig hat es auch ersucht, daß auch die hiesigen Abgeordneten sich daran beteiligen. Der Präsident des Revier- und Bergbauamtes, Ministerialrat Dr. Pfeifer, der Zentraldirektor der Kohlengruben des Witkower Reviers und der Grubenbesitzer Sebelka, ferner der Direktor der Gruben der Nordbahn Modr., der Direktor der Berg- und Hüttengesellschaft Kolač und die Abgeordneten Prokeš und Chalupnik sind bereits nach Prag abgereist. Für das Sekretariat der Bergleute reifen heute abends zehn Sekretäre und Vertrauensmänner ab.

Auch die Falkenauer Grubenbarone diktieren!

Tepliz, 10. Oktober. (Eigenbericht.) Im Falkenauer Revier läuft der Lohnvertrag mit dem 15. d. M. ab. Gestern fanden zwischen Arbeiter- und Unternehmervertretern die ersten Verhandlungen statt, die ergebnislos verliefen. Die Unternehmer fordern: Kürzung der Gehaltlöhne um 25 Prozent, der Hauerdurchschnittslohn pro Schicht soll 40 Kronen betragen, bei den verheirateten Reglearbeitern soll eine Kürzung von 30 Prozent und bei den ledigen von über 30 Prozent eintreten. Familienzulagen sollen ebenfalls um 50 Prozent gekürzt werden. Die Zuschläge für Sonntags- und Ueberstunden sollen um die Hälfte gekürzt werden. Auch wollen die Falkenauer Unternehmer die 46-Stunden-Woche befristigen. Am Freitag, den 13. d. M. wollen die Unternehmer Bescheid haben. Fällt dieser nicht so aus wie ihn die Unternehmer haben wollen, so wollen sie ihr Diktat auf allen Werken hinhinbringen. Die Un-

ternehmer behaupten, daß die Lebenshaltungskosten um 35 Prozent gestiegen seien. Bezeichnend ist, daß sie die Ueberprüfung ihrer Behauptung durch die Paritätskommission ablehnen. Es ist ausgeschlossen, daß die Arbeiter dieses Diktat annehmen könnten.

Reichskonferenz der Bergarbeiter.

Infolge Beschlusses der koalitierten Verbände findet Donnerstag, den 12. d. M. halb 10 Uhr vormittags in Prag „Vidovy dům“ eine Reichskonferenz der Bergarbeiter statt. Die Konferenz wird Stellung nehmen zu dem probierenden Vorgehen der Unternehmer in Währ.-Ostau und wird bezüglich des weiteren Vorgehens die nötigen Beschlüsse fassen.

Unveränderte Streiklage in Ostau.

Währ.-Ostau, 10. Oktober. (Tsch. P.-B.) Der Streik der Bergarbeiter dauert in unverändertem Maße an. In ganzen Revier herrscht Ruhe. Auch heute werden in den Gruben und in den Koffereien nur die zur Aufrechterhaltung des Betriebes notwendigen Arbeiten gemäß dem Beschlusse des Streikausschusses besorgt.

Währ.-Ostau, 10. Oktober. (Tsch. P.-B.) Heute fand hier eine Konferenz der Obmänner der Betriebsräte statt, wobei der Beschluß gefaßt wurde, den Krankenhäusern und ähnlichen Anstalten Kohle nach Bedarf zu liefern. Die Elektrizitätswerte können für die Wasserwerke und für Beleuchtungszwecke der Gemeinden und ähnliche, ohne Störung arbeiten. Die Schächte und Koffereien, welche mit Kohle nicht versorgt sind, sollen die Vorräte anderer Schächte benutzen.

Die Zahl der Streikenden.

Die Zahl der im Ostauer Revier beschäftigten Kohlenarbeiter hat rund 50.000 betragen, ist aber infolge der Entlassungen der letzten Monate auf etwa 45.000 gesunken. Davon kommen für die Notstandsarbeiten etwa 2000 Arbeiter in Betracht, sodas 43.000 Bergleute feiern.

geschieden ist. Die Verlesung dieser Briefe erinnert an die schmutzige Grundlage, auf der dieser Prozeß ruht. Der Prozeß kam nämlich in Rollen durch eine Denunziation der geschiedenen Frau, die ihren ehemaligen Mann krankhaft haßt. Der peinliche Einbruch, den dieser Prozeß schon gleich nach seinem Beginn zu erwecken begann, wurde geradezu unerträglich, als der Vorsitzende dazu schritt, sich einige Zeit ausschließlich mit der Person Fehrenbachs zu beschäftigen. Dies geschah aber nicht im Hinblick auf die Anklagepunkte. Vielmehr wurde die gesamte politische und journalistische Tätigkeit Fehrenbachs betrachtet; es wurde von seinem Umgang gesprochen; für alles, was Fehrenbach je geredet oder gedacht hatte, brachte der Vorsitzende Belege, sei es Zeitungen, Briefe oder Tagebuchblätter. Man konnte beobachten, daß der Vorsitzende mit gründlicher Ausdauer sich bemühte, einer Mißhandlung Fehrenbachs an der Errichtung der Räterepublik auf die Spur zu kommen. Schließlich raffte sich Fehrenbach auf und erklärte, daß die Staatsanwaltschaft in ihm nicht nur den Journalisten, sondern mehr noch den Sekretär Eisners und den Revolutionär erblicke. Er wende sich dagegen, daß der Prozeß dazu benutzt werde, etwa Stoff zu sammeln, um ihn noch in ein Verfahren wegen Hochverrats zu verwickeln. Als Fehrenbach im Zusammenhang mit einer Abschwärzung des Vorsitzenden den Monarchismus der Reichswehr kennzeichnete, rief ihm der Vorsitzende ein barsches Halt zu.

Die Orientkriege.

Die Orientkriege ändern von Tag zu Tag ihr Aussehen. Kaum schien es Samstag, als seien alle Fragen zwischen den Türken und den Alliierten schon im reinen, so häuften sich vom Sonntag

ab die Nachrichten von neuen Schwierigkeiten, von „verschiedenen Instruktionen“ der Franzosen und Italiener auf der einen und der Engländer auf der anderen Seite, von Verzögerungen, welche die Rhemalisten in den Lauf der Verhandlungen hineinrügten u. dgl. m. Montag überraschte dann gar die Meldung, daß die Türken bei Ismid wieder einmal in die neutrale Zone eingedrungen seien. General Harrington protestierte sehr energisch und in London wuchs die Nervosität. Sie entlud sich vor allem auf das Haupt Lloyd Georges, die „verlehrte Orientpolitik“ des Mannes, der das britische Reich in schier unaufhörliche Wirren gestürzt hatte, war das Schlagwort des Tages und selbst Zeitungen, die den Regierungsparteien nicht allzu ferne stehen, forderten die Demission Lloyd Georges. Die heutigen Meldungen wecken den Eindruck, als ob der Zwischenfall von Ismid auf eine lokale Episode beschränkt bleiben wollte, und die Alliierten kommen der Ungeduld der Rhemalisten, den Vormarsch endlich fortsetzen zu dürfen, dadurch entgegen, daß sie die neutrale Zone „einengen“. Nur Tschana, der Schlüsselpunkt der Dardanellen, soll den Türken vorläufig entzogen bleiben. Die elastische Nachgiebigkeit, mit welcher die Unterhandelnden aus jeder Schwierigkeit doch wieder einen Ausweg finden, zeigt, daß ein wirkliches Scheitern der Verhandlungen und damit der Auftakt zu einem neuen Weltkrieg kaum ernsthaft zu befürchten ist, auch die drohende Geste Russlands, es werde eine Lösung der Meerengenfrage ohne sein Zutun nicht anerkennen, gibt zu dieser Sorge keinen Anlaß, da die Sowjets zu den Verhandlungen über diesen Punkt so wie die Balkanstaaten zugezogen werden sollen. Die Folgen, in denen sich die Krise auswirkt wird, werden sich vielmehr im innerpolitischen Leben der beteiligten Staaten zeigen.

Telegramme.

Kriegszustand in ganz Griechenland.

Berlin, 10. Oktober. Die Blätter berichten über London, daß in ganz Griechenland der Kriegszustand verhängt worden ist und zwar infolge der großen Erregung der Bevölkerung darüber, daß Ostthrazien für Griechenland verloren sei. Ein Komitee von thrazischen Deputierten hat Athen verlassen, um die Räumung Ostthraziens durch die griechische Zivilbevölkerung und ihre Verteilung auf die verschiedenen Distrikte Griechenlands zu überwachen. Es handelt sich um 230.000 bis 280.000 Einwohner und dazu noch um 150.000 Flüchtlinge, die in der letzten Zeit aus Kleinasien eingetroffen sind.

Die Wahl des deutschen Reichspräsidenten.

Berlin, 10. Oktober. Ueber die Besprechungen, welche die einzelnen Parteiführer beim Reichskanzler Dr. Wirth über die Frage der Neuwahl des Reichspräsidenten hatten, wird jetzt mitgeteilt, daß das Bestreben darauf gerichtet sei, die Neuwahl des Reichspräsidenten aus dem Gebiete der Parteipolitik herauszunehmen. Der Reichskanzler wird an die führenden Persönlichkeiten in Handel, Industrie, Kunst, Wissenschaft und Politik und an die Parlamentarier die Einladung richten, ein besonderes Komitee zu bilden, das die Neuwahl des Reichspräsidenten besprechen und vorbereiten soll. Dieses Komitee

und nicht die politischen Parteien soll über die Neuwahl beschließen, einen Aufruf an das deutsche Volk richten und eine Kandidatur benennen. Die Frage des Kandidaten ist noch nicht erörtert worden, aber es unterliegt keinem Zweifel, daß der Ausschuss den jetzigen Präsidenten Ebert wieder aufstellen wird.

Ausweisung von Engländern durch die Rhemalisten.

London, 10. Oktober. (Reuter.) Wie aus Athen gemeldet wird, wurden die englischen Staatsangehörigen von der Angoraregierung aus Griechenland ausgewiesen und sind bereits in Athen eingetroffen.

Der Zweck von Brantings Reisen.

Stockholm, 9. Oktober. (Tsch. P.-B.) Ministerpräsident Branting, welcher Schweden im Völkerbunde vertritt, ist nach Stockholm zurückgekehrt. Er wurde von einem Vertreter der Svenska Agentur befragt und erklärte, daß man in Paris im allgemeinen wünsche, die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland wieder aufgenommen zu sehen. Der Einfluß gewisser Kreise könne vielleicht Fortschritte für eine Lösung, dank der Gemeinsamkeit der Interessen, erzielen. Man sehe in Paris und Berlin den guten Willen, und die deutschen Arbeitergewerkschaften, welche sich von der Rotwendigkeit ihrer Mitarbeit überzeugt haben, hätten beschlossen, alle Bemühungen für den Wiederaufbau einzusetzen. Diese Erwägungen seien deutlicher erkennbar als vor 3 Monaten.

Tages-Neuigkeiten.

Lieber Gott, gib uns wenigstens ante Priester! Ein nicht alltäglicher Stoßhühner hing uns aus den Spalten des „Sankt Bonifatius“, einer in Prag erscheinenden, deutschen katholischen Monatschrift entgegen. Dort wird bewegliche Klage über den „Abfall“ geführt und mit tränenersüßter Stimme jelli der Redakteur fest, daß es in Böhmen schon über 658.000 Konfessionslose gibt. Die Schreiber des „Sankt Bonifatius“ sind völlig ratlos über diese „schrecklichen Ziffern“ und schließen sie ihre wehmütige Betrachtung mit folgenden herzynigen Wünschen:

„Wer von uns nichts Besseres tun kann, der bete wenigstens zu Gott, um gute Priester, um Apostel im Priester- und im Laiengetande!“

Also machen es die Pfaffen, die hierzulande doch zu Tausenden umherlaufen, nicht einmal den christlichsten Christen recht, denn das Gebet zu Gott um gute Priester läßt darauf schließen, daß sich seine Vertreter auf Erden für ihr Handwerk aus unbekanntem Gründen nicht besonders eignen. Da nun Gott wirklich sofort Abhilfe schaffen, sonst wird sich die Zahl der Konfessionslosen noch weiter vermehren.

Wenn der Vater mit dem Sohne... Unsere gestrige Notiz, die hinsichtlich der Brünner Spionagessare mit dem Hinweis auf die Folgen der Politik Dr. Baerans schloß, erzählt ihre logischste Fortsetzung. Denn, wie die „Lid. Nov.“ aus Beamtenkreisen erfahren, wurde nunmehr auch der Sohn des Deutschnationalen Abgeordneten Dr. Baeran, der Rechtslehrer Arduin Baeran, verhaftet, welcher ein intimer Freund des bereits internierten Schwade ist. So bewährt sich die Bädagogik von Stinbombenwerfern im eigenen Heim! — Außerdem wurde, wie dieselbe Zeitung meldet, auch noch der Bruder Rowakowits, der Fliegeroberleutnant Hans Rowakowitsch aus Nitra und in Preßburg eine junge Nitraer Dame namens Paula Rowakowitsch verhaftet, welche nur in Soldatenkreisen verkehrt haben und mit Hans Rowakowitsch in Verbindung gestanden sein soll. Die „Nat. Demokratie“ teilt überdies die Verhaftung zweier Offiziere mit, die in Preßburg erfolgt ist. Der Beamte der ungarischen Gesandtschaft in Prag J. Bajnoez, der die ganze Spionage geleitet haben soll, war zu Mostertreichs Zeiten Offizier im Generalstab und hat sich durch seine „Veldentaten“ im Felde bei einer Division an der russischen Front „ausgezeichnet“. Wenn Frieden ist, dann sehen diese Helden ihre Taten auf dem Felde — der Unchre rühmlich fort. — Nach einer letzten Meldung des „Cas“ wurde in Trenčin in den letzten Tagen auch ein der Spionage verdächtiger Offizier Kapitän Wolf verhaftet.

Vortrag des Genossen Levi in Auffsig. Montag abends veranstaltete unsere Partei in Auffsig einen Vortragabend des Genossen Levi, der in äußerst sachlicher und prägnanter Weise über den Weg zum Sozialismus sprach. Die Kommunisten hatten sich einen Korreferenten in der Person des Redakteurs der „Noten Jahne“ und preussischen Landtagsabgeordneten Schollem aus Berlin verschrieben und einen Teil des Soales schon um sechs Uhr besetzt. Gleichwohl brachten sie nicht mehr als etwa 250 von den 800 Anwesenden auf. Die Kommunisten verpflichteten sich, wenn man ihrem Redner Redefreiheit gewähre, die Veranstaltung in keiner Weise zu stören und insbesondere das Schlusswort des Genossen Levi nicht zu unterbrechen. Dennoch kam es während der Veranstaltung zu sehr unerquicklichen Szenen, weil die Kommunisten durch unausgesehete Zwischenrufe die Veranstaltung und auf diese Weise das ganze Niveau des Vortrages störten, der als Bildungsvortrag gedacht und einberufen war. Es gelang ihnen selbstverständlich nicht, die Veranstaltung irgendwie zu verhindern oder zu beeinflussen, jedoch benutzte sich der ganzen Arbeiterschaft eine derartige Erbjitterung über das unlokale Vorgehen und den Vorbruch der Vertreter dieser Partei, sodas es jedenfalls in

lung. Da sind Beamte, die das ausgrübeln, andere, die Erlasse schreiben, registrieren, expedieren, lesen, unterschreiben, weitergeben, Bestellungen veranlassen, Handwerker und Künstler kommen lassen, kurz, wer den deutschen Beamtenapparat lenkt, weiß, daß es wirklich Laus ist, die schon bis zum heutigen Tage damit umgehoben haben. Und daß sie in einer Zeit bitterster Not, da Deutschland an einem Uebermaß von Beamten und Staatsangestellten krank und nicht Weltabschlus, sondern Anschlag die Lösung des ganzen Landes sein müßte.

Ein Thema für sich ist, daß diese angebliche deutsche Schrift gar keine deutsche Schrift ist, sondern das im Mittelalter verführte, mit gotischen Sätzen und Spizchen und Türmchen verzierte alte Latein. Es gibt keine deutsche Schrift in der Art, wie es eine griechische, chinesische, russische, ägyptische, indianische Schrift gibt. Deutschland, das seine ganze Zivilisation reißlos von der lateinischen Kultur empfangen hat, hat auch die lateinische Schrift mit übernommen, und das, was wir heute deutsche oder gotische Schrift nennen, ist ein bestimmter Zeitstil der lateinischen Schrift, der aber nicht spezifisch deutsch ist, sondern auch in Frankreich, Italien, England geübt wurde. Wie ja überhaupt die Gotik nicht eine deutsche Erfindung ist, sondern in ganz Europa existierte und nicht in Deutschland, sondern in Italien und Frankreich ihre wahre Vollendung in herrlichen Kathedralen empfangen hat. Die gotische Schrift ist daher heute noch in England und Frankreich als Zielschrift in Gebrauch. Man nehme nur den „Temp“, die Londoner „Times“

zur Hand, den deutschfeindlichen „Matin“, überall sind die Zeitungsstöße mit alten gotischen Buchstaben gedruckt. Sie „deutsch“ zu nennen, ist ein geistiger Annexionismus, über den die ganze Welt lacht.

Zachlich haben also unsere Behörden mit ihrem komischen und lustspieligen Kampf gegen das Latein völlig Unrecht. Die Lateinschrift, die nach Ueberwindung der Gotik durch die Renaissance die angeschworenen Sätzen abstrich und wieder die unübertrefflich schönen Formen ihres römischen Ursprungs annahm, ist genau so „deutsch“ wie die „deutsche“ Schrift. Beide sind römisch, diese schlechter, jene besser lesbar, besonders im öffentlichen Leben. Aber es hieße diesen Kampf unnötig ernst nehmen, wenn man ihn mit sachlichen Argumenten führen wollte. Der echte Deutsche verdirbt sich lieber die Augen, als daß er einen Fortschritt akzeptiert, besonders wenn er glaubt, daß der Rückschritt deutsch ist.

Die arme deutsche Republik! In ihrer Brust sind ihres Schicksals Sterne. Statt dessen malt sie neue Schilder und zieht eine Okunium groß, die nach den siegreichen „Freiheits“kriegen ein Verbrechen war, nach dem verlorenen Weltkrieg aber eine durch ihr Uebermaß groteske Dummheit ist. Die Welt wartet auf wirkliche Taten Deutschlands, auf eine mutige, überdachte, rücksichtslose Neugestaltung des ganzen Landes, statt dessen herrscht eine beispiellose Latenzlosigkeit, und wenn wirklich etwas geschieht, wenn irgend etwas sich in Paris fest, dann ist es der Rückschritt, der stets in Deutschland längere und bessere Pein hat als sonstwo auf der Welt.

absehbarer Zeit zu irgend einer gemeinsamen Versammlung mit den Kommunisten im Kreise nicht mehr kommen wird.

Protestversammlung der deutschen und tschechischen Staatsangestellten in Troppau. Am Sonntag fand in Troppau eine vom Aktionsausschuss der vereinigten Staatsangestellten: „Verband der Eisenbahner“, „Unio zeln. zaměstnanod“, „Verband der öffentlichen Angestellten“, „Spolek českoslov. úředníků železničnických“ und „Verband der Postler und Pensionisten“ einberufene Protestversammlung, gegen den neuerlichen, von der Regierung geplanten Raubzug auf die Existenz der öffentlichen Angestellten statt. Als erster Redner sprach Abg. Genosse Brodeckh aus Prag, der auf die elenden Verhältnisse der Eisenbahner und Staatsbeamten hinwies, er mahnte zur Ruhe und Besonnenheit und forderte zur Einigkeit auf. Als zweiter Redner sprach der Eisenbahnersekretär Genosse Schiller aus Aussig unter anderem die vergiftete Agitation der Deutschgelben. Als dritter Redner beleuchtete Genosse Fiedler aus Troppau, die Schandgesetze vom Dezember 1921, die den öffentlichen Angestellten schwere Wunden geschlagen hatten (die noch nicht vernarbt sind), und schon wieder denkt man daran, das ohnehin unerträgliche Elend der öffentlichen Angestellten noch zu verschlechtern. Die Referate aller drei Redner wurden mit anhaltendem Beifall aufgenommen und die vorgelegte Resolution in deutscher und tschechischer Verfassung einstimmig angenommen.

Auf dem Wege zum Gemeindebestimmungsrechte. Die Guttempler in Mähr. Schönberg haben dieser Tage die erste Volksabstimmung über die Bewilligung neuer Schankeraubnisse eingeleitet, die in der Tschechoslowakischen Republik stattgefunden hat. Es sollte eine neue Schankerbewilligung für das Haus Parkstraße 7 in M. Schönberg erteilt werden. Rasch und ohne große Aufklärungsarbeit führten die Guttempler die Abstimmung durch, die ein überraschendes Ergebnis lieferte. Es wurden 4560 Wahlberechtigte befragt, ob sie für oder gegen die neue Bewilligung seien; davon verteilten 226 die Ausgabe, 28 waren für die Konzeption, 4306 dagegen. Es wurden aber darüber hinaus auch noch 4534 Wahlberechtigte befragt, ob sie für oder gegen die Verleihung jeder weiteren Konzeption in M. Schönberg überhaupt seien. 228 enthielten sich der Abstimmung, bloß 27 waren für die Bewilligung neuer Wirtschaften, 4279 dagegen, es haben sich also mehr als 96 Prozent der Bevölkerung gegen die Zulassung neuer Schankstätten ausgesprochen. Zu ganz ähnlichen Ergebnissen führten Abstimmungen, die in Deutschland (so besonders in Bielefeld) und in Dänemark vorgenommen worden sind. Es liegt darin eine dringende Aufforderung an alle demokratischen Parteien, sich mit Nachdruck für eine umgehende Reform unserer veralteten Schankgesetzgebung und für Einführung des Gemeindebestimmungsrechtes einzusetzen. — Ein Entwurf für eine derartige Reform wurde der Regierung schon vor einiger Zeit vom Abg. Genossen Dr. Politischer vorgelegt und unsere Fraktion wird darauf dringen, daß er bald in Verhandlung gezogen wird.

Großer Unterschleif bei der Kriegsgewehrvertriebsanstalt in Saaz. Bei der Liquidierung der Saazer Expositur der Kriegsgewehrvertriebsanstalt wurde festgestellt, daß der gewesene Verwalter Adolf Steiner 200.000 Kronen unterschlagen hat. Steiner fälschte die Belege der Eingänge und ließ das wichtigste Buch seiner Buchführung überhaupt verschwinden. Am 13. September hat Steiner Saaz verlassen und entflohen ins Ausland. Es wurde gegen ihn ein Steckbrief erlassen. Wie jetzt festgestellt wurde, lebte Steiner weit über seine Verhältnisse. Man ist auch großen betrügerischen Geschäften auf der Spur, die Steiner mit Mühlen gemacht hat.

Gefährdung der Milchversorgung in Berlin. Untern 10. d. wird uns aus Berlin telephoniert: Die Stadt Berlin hat nicht nur besonders unter den Folgen der Teuerung zu leiden, sie wird jetzt auch von der Gefährdung der Milchversorgung bedroht. Trotzdem der Preis für die Milch besonders stark erhöht worden ist, halten die Landwirte mit der Milchlieferung zurück, es ist für sie vorteilhafter, die Milch an die Schweine zu verfüttern, als an die Stadt zu liefern. Jetzt wird der Vorschlag gemacht, durch die Umlageverordnung die einzelnen Kreise für die Ablieferung der Milch haftbar zu machen. Ob das aber viel nützen wird, erscheint bei dem ausgeprägten Eigennutz mancher agrarischer Kreise sehr zweifelhaft.

Abermals ein Vorfahr auf der Flucht erschossen. In Annaberg wurde ein tschechoslowakischer Staatsangehöriger, namens Emil Klar, von einem reichdeutschen Polizisten erschossen, als er nach seiner Anhaltung wegen Schmuggels die Flucht ergriffen hatte.

Ein langgesuchter Mörder, der sich selbst verurteilt. Im Frühjahr des Jahres 1920 wurde bei Sternberg in einer vom Schnee halbverwachten Grube die Leiche einer schönen jungen Frau gefunden. Trotz aller angestrengten Bemühungen der Ortsgendarmerie sowie der der Umgebung, konnte die Identität der Frau nicht sichergestellt werden, auch gelang es nicht, den Mörder auffindig zu machen. Dieser Tage wurde dem jungen Wilhelm L. aus Domeschau, bei welchem Orte die Leiche gefunden wurde, im Steinbruch die Hand gerührt, worauf er ins Krankenhaus in Sternberg überführt wurde. Im hohen Fieber sprach er über verschiedene Dinge und nannte öfter den Namen des Dries, in welchem die Leiche des unbekannten Weibes gefunden worden war. Als sein Gesundheitszustand sich gebessert hatte, wurde L. verhört und gestand, daß er die unbekannte schöne Fremde getötet hatte und als Mittäter des Mordes seinen Bruder und drei junge Leute aus dem Orte nannte. Das furchtbare Verbrechen begingen sie in einem Gasthause

in der Nähe des Ortes, wo die Leiche der ermordeten Frau gefunden wurde und trugen sie aus dem Gasthause fort. Die ermordete Ausländerin war die Witwe nach einem rumänischen Grundbesitzer und kam nach Sternberg, um einen Offizier zu besuchen. Der Mörder und seine Komplizen wurden verhaftet und dem Kreisgerichte in Olmütz eingeliefert.

Verurteilter Raubanschlag auf einen Mühlenbesitzer. Die Gendarmerie in Althabendorf bei Reichenberg erhielt die Mitteilung, daß am Sonntag gegen den Mühlenbesitzer Stefan Kessel in Althabendorf ein Raubanschlag vorbereitet werde. Das Gebäude des Kessel wurde daher von Gendarmen besetzt. Gegen 11 Uhr versuchten auch tatsächlich zwei Männer, nachdem sie die Fenster gewaltsam geöffnet hatten in das Innere des Gebäudes einzudringen. Auf den Anruf eines Gendarmen richtete einer der Räuber seinen Revolver gegen den Gendarmen, worauf dieser schoß. Der Mann fiel vom Fenster herunter und wurde dort stöhnend aufgefunden. Es wurde in ihm der Landwirtsch. Genst Zimmermann aus Friedland, der wegen eines im Friedländer Bezirke verübten Raubüberfalles verfolgt wird, sichergestellt. Als sein Komplize bei dem Raubattentat wurde der 29jährige Josef Stöckl aus Althabendorf bei Tachau ermittelt, den man gleichfalls später festnehmen konnte. Zimmermann wurde durch die Kugel des Gendarmen in den rechten Oberschenkel getroffen. Sein Revolver, den er wohl abgedrückt hatte, dessen Schuß jedoch nicht losgegangen war, lag neben ihm; er enthielt drei Dum-Dum-Geschosse. Bei Zimmermann fand man weiter Knebel, Stricke und eine Düte mit Pfeffer. Darnach ist zu schließen, daß der Raubüberfall von langer Hand vorbereitet gewesen ist.

Die neuen Preise der Postwertzeichen betragen ab 15. Oktober: gewöhnliche Postwertzeichen 20 h, für Nachnahme 30 h, amtliche zehn h, Anweisungen zehn h, Zahlungsauftrag 50 h, statistische Anmeldekarten 40 h, Geldwert 40 h, Telegrammblankette zehn h, Nachweis zu telegraphischen Anweisungen zehn h, Berechtigte Verkäufer von Postwerten werden aufgefordert, die ihnen gebliebenen Vorräte dieser Gattungen und Muster bis 14. Oktober mittags dem kompetenten Postamt vorzulegen, das mit ihnen den Unterschied zwischen dem bisherigen und dem neuen Preis berechnen wird.

Der Mord in Teplich. Wie aus Teplich berichtet wird, hat sich das Befinden des Bauernführers Elbel bereits bedeutend gebessert, so daß er über seine Tat Angaben machen konnte. Er versuchte, nach seinen Aussagen, seinem Sohne zuerst die Papierschere mit dem Franzosenmesser in den Kopf zu treiben. Da sein Sohn jedoch dann noch Lebenszeichen von sich gab, versetzte er ihm mit dem „Franzosen“ einige mächtige Stöße in den Kopf. Er wollte sich hierauf die Pulsadern durchschneiden, was ihm nicht gelang. Er versetzte sich nun einige Stöße in den Bauch, in den Kopf und in den Hals, ohne sich jedoch zu töten. Im ganzen hat Elbel sich 15 Verletzungen beigebracht.

Das „Eben“ im Ausgleichsverfahren. Der heuer errichtete Vergnügungspark „Eben“ in Prag-Bravoce, hat das Ausgleichsverfahren angemeldet. Die Aktiven des Unternehmens betragen 15.439.680 41 Kronen, die Passiven 15.829.666 37 Kronen. Die Gesellschaft bietet einen 100prozentigen Ausgleich an; 25 Prozent sollen binnen zwei Jahren, der Rest binnen 15 Jahren gezahlt werden.

Brand eines Baumwollmagazins. Gestern vormittag brach in der Fabrik Leopold Mahler in Prag VII, in dem im ersten Stockwerke gelegenen Baumwollmagazin aus unbekanntem Grund ein Feuer aus. Den angrenzenden Veräußerungen der Feuerwehre gelang es, den Brand bald zu lokalisieren. Ein großer Teil der Baumwollvorräte ist dem Feuer zum Opfer gefallen. Der Schaden beträgt über 200.000 Kronen und ist durch Versicherung gedeckt. Bei den Löscharbeiten zog sich der Fabrikarbeiter Franz Kozel mehrere Brandwunden an den Händen und am Hals zu.

Kleine Chronik.

Weltrekord eines amerikanischen Fliegers. Nach einer Meldung des „New York Herald“ aus New York, hat der amerikanische Fliegerleutnant Maughan auf einem Curtissapparat einen Flug mit einer Stundengeschwindigkeit von 220,40 englischen Meilen ausgeführt und damit den Weltrekord des französischen Fliegers Sadi Lecoqinte geschlagen.

Ein Leuchtturm für die Luftschiffahrt. Die Orientierung der Luftschiffer zur Nachtzeit erfordert ähnliche Einrichtungen wie die Schiffe. Ständige Einrichtungen zu diesem Zweck werden um so dringlicher, je mehr die Luftfahrt sich zu einem regelmäßigen Verkehrsmittel für die Post, für Warenverkehr und Personenverkehr herausbildet. Die Telephonie ohne Draht, welche in den letzten Jahren große Fortschritte gemacht hat, ist ein vorzügliches Mittel, durch das der Führer eines Luftschiffes oder Fahrzeuges sich mit Stationen der Erdoberfläche in Verbindung halten kann, und man wird wohl mit der Zeit zu einem Netz von Stationen kommen, von denen aus die Strahlen in der Luft kontrolliert werden. Daneben aber erscheint das Vorhandensein von weithin sichtbaren Leuchtfeuern und Blinkfeuern an den Meeresküsten. Auf dem Mont Afrique, etwa zwölf Kilometer von Dijon entfernt, ist jetzt ein solcher Leuchtturm errichtet worden, dessen Licht die städtische Menge von einer Milliarde Kerzen erreicht. Das Leuchtfeuer besteht aus acht mächtigen Bogenlampen von 120 Ampere und 65 Volt. Es ist drückbar gegen die Umgebung angelegt, seine Tragweite beträgt im allgemeinen 150 Kilometer, bei vollkommen klarem Wetter bis zu 500 Kilometer. Dieser Leuchtturm soll vor allem dem Postverkehr zwischen Nordafrika dienen.

Gerichtssaal.

Wenn die Tanten nicht wären! (Prager Landesgericht.)

Eine Geschichte, von der man nicht weiß, ob man sie als Liebesgeschichte mit unerwartetem Ausgang oder als nichtsnutzige Tat eines lebens- und freudegeringeren jungen Mannes bezeichnen soll, hat gestern vor einem Senat des Prager Landesgerichtes ihr vorläufiges Ende gefunden. Verurteilt wurde am 29. Jänner Wenzel Stipek aus Brno die Milena Simunek kennen und verabredete mit ihr für den 2. Feber eine Zusammenkunft, die um 8 Uhr bei Lenka Ujezd stattfinden sollte. Er kam natürlich und — sie auch. Arm in Arm gingen die beiden spazieren, bis sie sich etwas 400 Meter vom Kennedyplatz befanden, wo jenes Unglück geschah, dessen willen Stipek vor Gericht zitiert wurde. Der junge Mann hat, wie es in der Anklageschrift heißt, an dieser Stelle das Mädchen, „obwohl sie keine Diebin und auch sonst keine gefährliche Person war, und obwohl ihm keine Nacht über sie zu stand“, zu Boden geworfen, mit seinem Fuße sie niedergedrückt und ihr dabei das Köpfchen und das Leibchen zerrissen. Stipek jedoch wehrte sich entschieden gegen diese Formulierung des Tatbestandes, denn nach seiner Aussage habe sich die Sache ganz anders verhalten: er hätte das Mädchen schon lange gern gehabt und sie hätte auch seine Liebe erwidert. An der bewußten Stelle hätte sich damals das Mädchen gar nicht bewegt und sie hätten sich ganz friedlich ins Gras gelegt. Am selben Momente seien jedoch die Tante und der Onkel des Mädchens des Weges gekommen. Da habe das Mädchen zu schreien begonnen und sich, als es vom Boden aufsprang, selbst die Hosen und das Leibchen zerrissen. Die Tante glaube natürlich dem Mädchen und erstattete die Anzeige. Vor Gericht glaube man nun gleichfalls dem Mädchen (nachdem es doch keine Diebin und auch sonst keine gefährliche Person ist) und verurteilte den jungen Mann wegen öffentlicher Gewalttätigkeit zu einem Monat Gefängnis. Was hätte das Gericht wohl gesagt, wenn das Mädchen doch eine „gefährliche“ Person gewesen wäre? Es hätte sicher den jungen Mann, dem, wenn seine Angaben wahr sind, zu raten ist, auf die Tanten in Zukunft bessere achtzugeben, freigesprochen. Kennt doch unsere heutige Gesellschaftsordnung Unterschiebe zwischen sogenannten „gefährlichen“ und nicht gefährlichen Menschen, die natürlich entsprechend verschieden behandelt werden müssen.

Unschuldigen wegen Betruges angeklagt. (Prager Landesgericht.)

Im Vorjahre hatte der Sekretär des chemisch-technischen Syndikats in Prag Gustav Kuhlanel gegen den Parfümeriefabrikanten Anton Cerny eine Ehrenbeleidigungsanfrage angestrengt, weil Cerny behauptete, Kuhlanel habe sich Bestechlichkeit zuschulden kommen lassen. In dem Prozesse stellte Cerny, dem der Wahrheitsbeweis damals nicht gelang, weshalb er auch verurteilt wurde, die Sachlage folgendermaßen dar: Am 12. August 1921 kam die Absolventin der Handelsakademie in Budweis, Anna Kaiserina Dvokal mit ihrer Tante aus der Schweiz zu ihm und offerierte ihm zwölf Waggons Schweizer Seife für zwei Millionen Kronen. Cerny wollte die Seife für die Mitglieder der „Vereinigung der Seifenliebhaber“ kaufen; der Fabrikant Wenzel Krel, der Vorsitzender der Seifenliebervereinigung ist, sollte das Geld besorgen. Bei der Zivnobank wurden dann 20.000 K für die Einfuhrabgabe hinterlegt. Die Dvokal verlangte aber vom Sekretär Kuhlanel 5000 K, damit sie die Einfuhrbewilligungen besorgen könne. Es wurde verabredet, daß Krel und Kuhlanel sich mit der Dvokal im Durchhaus der Bohemia-Bank treffen sollen, wo ein junger Mann die Ausfuhrbewilligungen hinbringen werde. Der Mann war auch dort, verlangte jedoch zuerst die 5000 K, bevor er die Ausfuhrbewilligungen aus der Hand geben wollte. Cerny hatte nicht soviel Geld bei sich und telephonierte an Otto Bil um die Summe. Inzwischen gingen alle in die „Goldene Gans“, wo Krel 5000 K vorgeigte und die Dvokal ersuchte, mit in das Syndikatsbureau zu kommen, wo er ihr das Geld ausfolgte. Da die Einfuhrbewilligungen Formschler aufwiesen, nahm sie die Dvokal wieder mit und brachte sie am nächsten Tage zurück. Das Geschäft kam jedoch nicht zustande, da der Schweizer Franken inzwischen gestiegen war. Die Zivnobank zahlte die hinterlegten 20.000 K zurück, die Dvokal die 5000 K jedoch nicht. — Die Staatsanwaltschaft strengte daher die Anklage wegen Betruges gegen die Dvokal an. Bei der gestrigen Verhandlung erklärte aber der Zeuge Krel, daß er der Dvokal das Geld für ihre Auslagen gegeben hatte und daß sie mehr Ausgaben hatte als er ihr vergütet habe. Die Staatsanwaltschaft zog deshalb die Anklage zurück. Den Vorsitz bei der Verhandlung führte OBR. Stepan.

Die praktische Wage des Fleischaufbauers. (Prager Landesgericht.)

Am 19. Juli 1922 stellten Revisionsorgane des Eichamtes bei dem Fleischaufbauer Pulpan in Rns. Lize fest, daß dessen Wage — ob absichtlich oder unabsichtlich, konnte nicht festgestellt werden — falsch eingestellt war. Die Ketten der Wagshalen waren nämlich ungleich, ohne daß man es bei normaler Aufhänge der Wage bemerken konnte. Das Eichamt erstattete gegen Pulpan die Strafanzeige. Der praktische Fleischaufbauer erklärte vor Gericht, daß er nichts dafür könne, wenn die Wage schlecht verfertigt wurde, denn er hätte den Konstruktionsfehler niemals bemerkt. Der Angeklagte wurde, da man seinen Aussagen Glauben schenkte, freigesprochen. Ob die Ketten in Anzeives mit „Konstruktionsfehlern“ der Fleischaufbauers in der Zukunft sich abfinden werden, wenn sie vielleicht doch sich benachteiligt fühlen sollten, wollen wir dahin gestellt sein lassen.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Partei und Gewerkschaft.

Vor dem Kriege bestand zwischen Partei und Gewerkschaft in fast allen Ländern eine enge Verbindung, die aus den gemeinsamen Zielen entspringt und die zu einer fruchtbareren Arbeitsleistung führte. Mit den Parteispaltungen verschwand dieser Zustand mehr und mehr und insbesondere in Deutschland war dies der Fall, wo selbst Proletarier, die auf dem gemeinsamen Boden der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale standen, verschiedenen politischen Parteien angehörten. Die Gewerkschaften mußten gegenüber beiden Parteien neutral sein, weil sonst der Parteistreit noch mehr in die Gewerkschaften hineingetragen worden wäre, als es ohnehin der Fall war. So wurde die Zusammenarbeit zwischen Partei und Gewerkschaften lockerer.

Durch die Vereinigung der beiden sozialdemokratischen Parteien haben sich die Verhältnisse in Deutschland in dieser Hinsicht bedeutend gebessert. Die Kräfte, die im Bruderkampfe aufgezogen wurden, werden jetzt zu nützlicher Arbeit frei. Mit mehr Aussicht auf Erfolg kann auch in den Gewerkschaften an das große Werk der Aufklärung und der Befreiung des Proletariats gegangen werden. Es wird wieder eine Arbeiterpartei die Vertreterin der gewerkschaftlichen Interessen der Arbeiter, denn die Kommunisten können nicht Anspruch darauf erheben, die Interessen der deutschen Gewerkschaften im Parlament und im politischen Leben zu vertreten. Durch die Vereinigung der beiden sozialdemokratischen Parteien wird der Einfluß der Kommunisten in den Gewerkschaften vollends gebrochen werden. Deshalb begrüßt auch das Korrespondenzblatt des allgemeinen Gewerkschaftsbundes die Wiederersterkung einer einzigen deutschen Sozialdemokratie mit folgenden Worten:

„Die beiden sozialdemokratischen Arbeiterparteien haben sich wieder zusammengeschlossen. Wir freuen uns dessen und begrüßen die Vereinigte Sozialdemokratische Partei Deutschlands als die Organisation, die dazu berufen ist, die deutschen Arbeiter auf politischem Gebiet zusammenzuführen, damit sie ihrer geschichtlichen Aufgabe gerecht werden und Unterdrückung und Ausbeutung aus der Welt schaffen können. Möge die Partei ihr großes Ziel nie aus dem Auge verlieren, möge sie sich aber auch stets der Möglichkeiten, wie es erreicht werden kann, bewusst sein. Beglückwünsche für ihre gewaltige Aufgabe, mit klarem Blick für die Schwierigkeiten zu vereinen, möge ihr gelingen.“

Es ist die große Aufgabe der geeinigten Partei, die Gewerkschaften politisch in jeder Hinsicht zu unterstützen, in der Parteipresse die Forderungen der Gewerkschaften zu vertreten. Gewerkschaften und Partei können wieder einheitlich vorgehen. Möge sich so im Sinne einer zweckmäßigen Arbeitsteilung das Wort betonen: Daß die Arbeiterbewegung eine einheitliche ist, daß Partei, Gewerkschaften und Genossenschaften in engster Zusammenarbeit an der Befreiung des Proletariats arbeiten.

Internationale Beratungen über Arbeiterschutz in Genf. Am 13. Oktober beginnt in Genf die zehnte internationale Delegiertenversammlung der internationalen Vereinigung „Gesellschaftlicher Arbeiterschutz“. Die Gegenstände der Tagesordnung bilden die Frage der Betriebsräte, der Schutz der Angestellten und der Hausarbeiter und die Ratifikation der Arbeiterschutzverträge von 1919 bis 1921.

Telephonistenstreik in Warschau. Die Funktionäre des Warschauer Telephonnetzes sind in den Streik getreten. Der Streik ist infolge eines Konfliktes der Funktionäre mit der Leitung des Telephonnetzes ausgebrochen. Nur amtliche und redaktionelle Gespräche werden zugelassen.

Gewaltiges Steigen des Großhandelsindex in Deutschland. Die katastrophale Marktentwertung hat ein gewaltiges Steigen der Großhandelspreise in Deutschland zur Folge gehabt. Das zeigt der von der „Frankfurter Zeitung“ errechnete Großhandelsindex, der am 6. Oktober 44.098 betragen hat. Mit anderen Worten, die Großhandelspreise sind in Deutschland seit 1914 um mehr als 440fache gestiegen. Mitte 1914 war der Gesamtindex für 30 Waren, die für die Berechnung des Index verwendet sind, 100, im Januar 1922 4282, im Juni 7965, im Juli 9267, im August 14.276, im September 29.675, im Oktober 44.089. Da nun in den letzten Tagen die Mark neuerlich zurückgegangen ist, ist der Großhandelsindex heute noch größer als vor einigen Tagen und man geht nicht irre, wenn man annimmt, daß in Deutschland heute alles 500mal teurer ist wie 1914.

Besserung der Wirtschaftslage in Amerika. Die gestrige „Narodni Politika“ hat einen interessanten Bericht über die wirtschaftliche Entwicklung Amerikas in der allerletzten Zeit veröffentlicht. Danach ist insbesondere die Bauindustrie in den Vereinigten Staaten sehr gut beschäftigt, weil die Baubewegung im letzten Jahre großen Umfang angenommen hat. Das kommt zum Teil daher, weil der Kredit in Amerika sehr billig ist. Auch die Eisenbahnen bestellen in letzter Zeit viele neue Waggons, so daß die Waggonsfabriken über die Zeit arbeiten lassen müssen. Auch die kleineren Fabriken sind mit Reparaturen von Eisenbahnmaterial beschäftigt. Die größte Nachfrage nach Arbeit herrscht in Chicago, Philadelphia und Pittsburg. In der letzten Zeit sind sogar die Arbeiterlöhne gestiegen.

Die Wirtschaftskrise.

Die Gewerkschaften für die Arbeitslosen.

Der Staatsbeitrag zur Arbeitslosenunterstützung. — Die Krankenversicherung der Arbeitslosen. — Die Arbeitslosenunterstützung der Bauarbeiter.

Im Ministerium für soziale Fürsorge fand kürzlich eine Beratung der Vertreter der drei Gewerkschaftszentralen statt, an der in Vertretung des deutschen Gewerkschaftsbundes die Genossen Abg. Roscher und Hausmann teilnahmen.

In dieser Konferenz wurde auch die Durchführungsverordnung über den Staatsbeitrag zur Arbeitslosenunterstützung beraten und diese Durchführungsverordnung mit einigen Änderungen genehmigt. Abg. Genosse Roscher verwies darauf, daß man in der gegenwärtigen Zeit das Gesetz über das Center System nicht in Wirksamkeit setzen kann, da die Gewerkschaften außerstande sind, die finanzielle Belastung zu ertragen. Im selben Sinne äußerten sich auch die Vertreter der anderen Gewerkschaftszentralen. Abg. Genosse Hausmann forderte die Arbeitslosenunterstützung für die Bauarbeiter. Der Vertreter des Ministeriums für soziale Fürsorge gab die Erklärung ab, daß über den Zeitpunkt der Wirksamkeit des Gesetzes die Regierung noch beschließen werde und daß der gegenwärtige Zeitpunkt für die Einführung des Gesetzes auf Grund der Einwendung der Gewerkschaften kein geeigneter ist. Die Regierung wird aber versuchen, soweit die Zustimmung einzelner Gewerkschaftsverbände für die Einführung dieses Systems vorliegt, es probeweise zur Einführung zu bringen. Damit fand diese Beratung ihren Abschluß.

Am 2. Oktober fand im Ministerium für soziale Fürsorge unter dem Vorsitz des Ministers Habrman eine Beratung wegen Aufrechterhaltung der Krankenversicherung der Arbeitslosen statt. An dieser Beratung nahmen Beamte des Ministeriums für soziale Fürsorge, Vertreter der Verbände der Krankenkassen und Vertreter der Gewerkschaften teil. Diese Beratung wurde auf Anregung des deutschen Gewerkschaftsbundes einberufen und Abg. Genosse Roscher begründete in Vertretung des deutschen Gewerkschaftsbundes die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Krankenversicherung für die arbeitslosen Arbeiter. Er verwies darauf, daß hundert von Betrieben gänzlich stillgelegt wurden, daß in anderen Betrieben ein Teil der Arbeiter entlassen wurde und daß Vorsorge durch die Regierung getroffen werden muß, daß den Arbeitslosen die erworbenen Rechte bei den Krankenkassen bis zum Wiedereintritt der Arbeit gesichert bleiben, daß aber auch Arbeitslose und ihre Angehörigen im Falle der Erkrankung nicht vollständig Schutzlos sein dürfen. Gen. Roscher schlug vor, daß die Unternehmer verhalten werden, zur Aufrechterhaltung der Versicherung der Arbeitslosen beizutragen, damit zumindest im Notfall die Arbeiter, soweit sie arbeitslos sind, auf den Bezug von Ärzten und Medikamenten für sich und ihre Angehörigen versichert werden. Das Ministerium für soziale Fürsorge soll zu diesem Zwecke eine Verordnung über die Aufrechterhaltung der Versicherung für die Arbeitslosen erlassen und die politischen Behörden beauftragen, in allen Bezirken die Verhandlungen mit den Unternehmerkrankenkassen und Gewerkschaften der Arbeiter und Angestellten über die Aufrechterhaltung der Versicherung einzuleiten.

Die Vertreter der Krankenkassenverbände sowie die Vertreter der anderen Gewerkschaften schlossen sich den Vorschlägen des Abg. Genossen Roscher an und es wurde die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Versicherung der Arbeitslosen von allen Seiten anerkannt. Der Minister Habrman erteilte den Krankenkassenverbänden den

Auftrag, innerhalb vierzehn Tagen Vorschläge über die Durchführung und Aufrechterhaltung der Versicherung für die Arbeitslosen im Ministerium vorzuschlagen und das Ministerium werde nach Vorlage dieser Vorschläge die weiteren Maßnahmen treffen.

Die Preise im September.

Eine Veröffentlichung des statistischen Staatsamtes.

Das statistische Staatsamt veröffentlicht in dem letzten Heft seiner Mitteilungen eine Tabelle über die Entwicklung der Preise im September samt einer Gegenüberstellung der Preise im Juni (dem teuersten Monate) und im August. Gruppe 1 behandelt die Lebensmittel, Gruppe 2 die übrigen Bedarfsartikel.

	Juni	August	September
Böhmen I	100	120	112
Böhmen II	100	120	112
Mähren und Schlesien I	100	120	112
Mähren und Schlesien II	100	120	112
Slowakei I	100	120	112
Slowakei II	100	120	112
Karpatenland I	100	120	112
Karpatenland II	100	120	112
Die gesamte Republik I	100	120	112
Die gesamte Republik II	100	120	112

Wie aus dem vom statistischen Staatsamt veröffentlichten Zahlen hervorgeht, war also der Rückgang der Preise im Monate September noch größer als im vorhergehenden und zwar bei beiden Gruppen. Sowohl bei den Lebensmitteln als auch bei den übrigen Bedarfsartikeln (vor allem Bekleidungsartikeln). In der gesamten Republik hat im Verhältnis zum vorhergehenden Monat der Rückgang der Preise bei der Gruppe 1, welche die wichtigsten Lebensmittel umfaßt, 14 Prozent, und bei der Gruppe 2, hauptsächlich Textilien und Schuhe, fast 13 Prozent betragen. Gleich geblieben sind die Preise von Zucker, Kohle, Holz und Petroleum. Nur wenig gesunken sind Eier (um drei Prozent) und Bier (um vier Prozent). Von den übrigen Lebensmitteln sind am wenigsten die Milch (um zehn Prozent), am meisten Kartoffeln (um 49 Prozent) gesunken. Das Weizen ist um ein Viertel billiger, das Rindfleisch um 21 Prozent, das Schweinefleisch um 17 1/2 Prozent, Fett um 17 Prozent. In der Gruppe 2 sank am meisten Schuhwerk um 20 Prozent, Textilien um zehn Prozent, Hüte um elf Prozent. Vergleicht man die Preise im September mit denen im Juni, ist in der Gruppe 1 ein Rückgang von 25 Prozent, in der Gruppe 2 ein solcher um 19 Prozent festzustellen. Die Preise gingen in Böhmen, Mähren und Schlesien weit rascher herunter, als in der Slowakei und Karpatenland. Zu bemerken wäre noch, daß in einigen großen Städten, wie in Prag, Brünn und Pilsen, die Berechnungen etwas genauer durchgeführt werden (in den übrigen Orten nur in der mittleren Monatswoche, in den genannten Städten ununterbrochen) und der Index sich folgendermaßen stellt: Prag I—VIII Gruppe 1 992, Gruppe 2 1696, Brünn Gruppe 1 980, Gruppe 2, 1307, Pilsen Gruppe 1 986. Gegenüber Juni sind in diesen Städten die Preise der Gruppe 1 um 28 bis 38 Prozent, die der Gruppe 2 um 21 bis 35 Prozent gesunken. Es muß nochmals darauf aufmerksam gemacht werden, daß es sich hier um Berechnungen des statistischen Staatsamtes handelt, und daß nach den Erfahrungen, die man in der Außenhandelsstatistik gemacht hat, nicht die sichere Gewähr hat, ob die Berechnungen des statistischen Staatsamtes den wirklichen Verhältnissen entsprechen.

Arbeitslosenunterstützung für Handels- und Industrieangestellte.

Der Zentralverband der Angestellten in Industrie, Handel und Verkehr, Sitz Teplitz-Schönau,

hat gemeinsam mit dem Gehilfenausschuß beim Handelskammer in Teplitz bei der politischen Bezirksverwaltung in Teplitz wegen Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung an Handels- und Industrieangestellte interveniert, nachdem im Sinne des vom Ministerium für soziale Fürsorge herausgegebenen Erlasses vom 25. März 1922, Zahl 8400/22, die Handels- und Industrieangestellten vom Bezuge der staatlichen Arbeitslosenunterstützung grundsätzlich nicht ausgeschlossen sind.

Die politische Landesverwaltung setzt jedoch im Einvernehmen mit den politischen Bezirksverwaltungen nach der tatsächlichen bei den öffentlichen Bezirks- und Arbeitsvermittlungsinstitutionen gemeldeten Arbeitslosenzahl diejenigen Berufsgruppen fest, die die Arbeitslosenunterstützung zu bekommen haben.

Aus diesem Grunde fordern wir die stellenlosen Handels- und Industrieangestellten wiederholt auf, sich unbedingt — auch wenn sie keinen Posten von dort zu erlangen glauben — bei den öffentlichen Bezirks-Arbeitsvermittlungsinstitutionen nach Eintritt der Stellenlosigkeit zu melden, weil eben nur dadurch den Behörden ein Überblick über die Stellenlosigkeit gegeben wird.

Die Wirtschaftskrise, die Arbeitslosigkeit und die Gemeinden.

Sonntag den 8. Oktober fand im Schützenhause in Rumurg eine Konferenz der sozialdemokratischen Gemeindefraktionen der Bezirke Warnsdorf, Rumburg und Schludenaу statt. Zweck der Konferenz war, eine Aussprache über die Möglichkeiten der Finanzgriffnahme von Notstandsarbeiten durch die Gemeinden, herbeizuführen. Den Vorsitz führte Genosse Reyzl, das Referat erteilte Bürgermeister Genosse G o t h Warnsdorf. Der Referent verwies darauf, wie von verschiedenen Seiten, die entweder keine Ahnung haben wie die finanzielle Lage der Gemeinden ist, oder aus demagogischen Gründen, in der Öffentlichkeit das Ansinnen an die Gemeinden gestellt werde, Notstandsarbeiten, Tief- oder Hochbauten, durchzuführen. Ganz abgesehen davon, daß selbst bei solchen Notstandsarbeiten nur ein ganz kleiner Teil Arbeitsloser, und meistens nur qualifizierte, Arbeit finden kann, wird den Gemeinden eine Finanzgriffnahme unmöglich gemacht durch den Umstand, weil absolut keine Kredite aufzutreiben sind. Unser schönes Baugesetz nimmt sich auf dem Papier recht hübsch aus, aber es fällt keinem Menschen ein, auf Grund desselben zu bauen, von der Regierung Geld zu bekommen, ist ein frommer Glaube, der zwar selig machen, aber keine Häuser bauen kann. Alle fertigen Projekte und Baupläne der Gemeinden können nicht zur Durchführung kommen und scheitern an der Unmöglichkeit der Kredite und der Rat- und Tatlosigkeit der Regierung. Ganz resultatlos ist auch jeder Versuch der Aufnahme kommunaler Anleihen. Diese scheitern schon an der Feindseligkeit der Bürgergenossen gegen sozialistische Gemeindegemeinschaften. In der Debatte wurden die Darlegungen des Referenten vollaus befähigt, und alle Möglichkeiten, wie vonseiten der Gemeinden zu einem Abbau der Arbeitslosigkeit beigetragen werden könnte, erwogen. Die Konferenz kam zu der Anschauung, daß diese Möglichkeiten gleich Null sind, wenn nicht vorher die Regierung den Gemeinden gegenüber ihre volle Pflicht erfüllt. Aus den Bezirken selbst liegen Projekte vor, wie zum Beispiel der Bahnbau Schludenaу—Zohland und der Straßenbau Nizdorf—Schludenaу, die Hunderten von Arbeitslosen Beschäftigung geben könnten. Die Konferenz faßte am Schlusse als Ergebnis ihrer Beratungen ihre Meinung in folgenden Forderungen an die Regierung zusammen:

1. Die restlose Einbeziehung aller Arbeitslosen in die Arbeitslosenunterstützung und die Auffassung der Bestrebungen der amtlichen Or-

gane, einen Teil der Arbeitslosen den Armenverwaltungen der Gemeinden auszubilden.

2. Rascheste und ausgiebigste Gewährung von Krediten und Flüssigmachung von Geldern, damit jene Städte, die Wohnungsbauprojekte schon seit Jahren fertig haben, endlich mit diesen Bauten beginnen können. In einzelnen Fällen handelt es sich nur um die Einlösung von längst schon gegebenen Versprechungen.

3. Gesehliche Regelung des Kreditwesens, um den Gemeinden Kredite zu annehmbaren Bedingungen zu ermöglichen; Schutz vor Betrügerei durch gewissenlose Bankinstitute.

Die Krise im Saidaer Gebiet.

Vorsprache im Fürsorgenministerium.

Gestern sprach eine Abordnung, bestehend aus Vertretern der Partei und der Gewerkschaften des Bezirkes Saida und dem Gen. P l o s k aus Bodenbach, unter Führung des Abgeordneten Gen. S c h w e i c h a r d t, beim Ministerium für soziale Fürsorge sowie beim Handelsministerium vor. Die Abordnung verwies auf die katastrophale Krise in der Glasindustrie und übergab eine diesbezügliche ausführliche Denkschrift, in welcher Vorschläge zur Milderung der Krise und Behebung der Glasindustrie gemacht wurden. Im Ministerium für soziale Fürsorge wurde die Abstellung der ärgsten Uebelstände zugesagt. Es wurde auch versprochen, daß auf die untergeordneten Behörden wegen liberaler Handhabung des Arbeitslosengesetzes sowie auf die Spruchpraxis der Schiedskommission in Böhm. Reipa eingewirkt werden wird.

Eine Kundgebung der Brüger Arbeitererschaft.

Am letzten Samstag fand in Brüg unter freiem Himmel eine vom deutschen Bezirksgewerkschaftsrat, der tschechisch-sozialdemokratischen Gewerkschaftskommission und der Gewerkschaftskommission der tschechischen Sozialisten eine Protestversammlung mit dem Programm „Die Wirtschaftskrise, die Teuerung und der Angriff der Unternehmer auf den Achtstundentag“ statt. Als erster Redner sprach Genosse S c h a s c h e l für die tschechischen Sozialdemokraten, als zweiter Senator Genosse Dr. H e l l e r. In der einstimmig angenommenen Resolution verlangt die Brüger organisierte Arbeitererschaft beider Nationen, daß die von ihr gestellten Forderungen auf Durchführung von R o s t a n d s b a u t e n durch Staat, Bezirk und Gemeinden sofort erfüllt werden. Sie fordern ferner die Einberufung des Parlaments zur Verlängerung der Berechtigung zum Bezuge der Arbeitslosenunterstützung über sechs Monate unter Einbeziehung der ledigen Personen. Die Versammelten protestieren auf das entschiedenste gegen die Willkür der Unternehmer, die die derzeitige Wirtschaftskrise ausnützen, um die Löhne der Arbeiter zu reduzieren, ferner die gesetzlichen Bestimmungen des Achtstundentages zu durchbrechen und die beschlossene Arbeitslosigkeit dadurch noch vermehren. Die Versammelten fordern schließlich die Herabsetzung der Preise der Bedarfsartikel und weisen mit aller Entschiedenheit die vom Brüger Handelsrat verlangte Verlängerung der Arbeitszeit auf neun Stunden zurück.

Die Krise in Schlesien. Die Papierfabrik Völschel A.G. in Sandhübel hat sämtliche Arbeiter gekündigt. Dadurch liegen mehrere hundert Proletarier auf der Straße. Es sollen noch andere Papierfabriken stillgelegt werden. — Nach F r e i w a l d a n sind zahlreiche Steinarbeiter, die in der Slowakei Beschäftigung fanden und dort entlassen worden sind, zurückgekehrt, wodurch die Zahl der arbeitslosen Steinarbeiter in Freiwaldau beträchtlich vermehrt wurde.

Buchsen . . . und dazu das rhythmische Aufplätschern der Wellen aus Meereseufer.

„Schau! Dort kommt Larra!“
Ich blickte dorthin, wo die Alte mit ihrem trunkenen Finger hinwies, und ich sah: dort schwebten Schatten — viele Schatten — und einer von ihnen, dunkler und dichter, schwebte niedriger und schneller als die andern: es war der Schatten eines Wolfes, der schneller und niedriger am Himmel zog, als die Wolken über ihm.

„Da ist doch niemand,“ sagte ich.
„Du bist ja blinder, als ich! Schau: dort — dieses Dunkel, was so schnell über die Steppe läuft.“

Ich blickte wieder hin, und sah wieder nichts, als Schatten.

„Das ist ja nur ein Schatten — warum nennst du's Larra?“

„Weil er es ist! Er ist halt wie ein Schatten geworden. Es war auch Zeit! Schon Tausende von Jahren lebt er, die Sonne hat seinen Körper ausgedörnt — das Blut und die Knochen — und der Wind hat ihn verweht. So kann Gott einen Menschen strafen für übergroßen Stolz!“

„Erzähle doch, wie war das?“ bat ich die Alte, und freute mich schon im Voraus auf eines jener wunderbaren Märchen, wie sie nur in der Steppe entstehen.

Und die alte Jfregil erzählte:

1.
„Viel tausend Jahre sind es her. Weit über dem Meer, gen Sonnenaufgang gibt es ein Land des großen Irones, und in jenem Lande gibt jedes Blatt an den Bäumen, und jeder Palm im Grase soviel Schatten, wie ein Mensch braucht, um sich darin vor der Glut der Sonne, die dort gar grausam brennt, zu schützen.“

(Fortsetzung folgt.)

Der alte Jfregil.

Erzählung von Maxim Gorki.

An den Donaumündungen, in der Dobrudschka, erzählte mir die alte Jfregil, was ich hier niederschreibe.

Eines Abends, nachdem die Weinlese des Tages beendet war, gingen die moldauischen Arbeiter, die dabei beschäftigt gewesen, ans Meerseufer, ich aber blieb mit der alten Jfregil allein. Wir lagen auf der Erde, im dichten Schatten der hohen Rebenlauden, und saßen schweigend zu, wie die Murrisse der zum Meere Gegangenen im zunehmenden Abenddunkel nach und nach verschwammen.

Sie gingen hin — lachten, scherzten, fangen; die Männer — bron gefarben, mit großen schwarzen Schnurrbärten und dichten Locken, die auf die Schultern fielen, in kurzen Jacken und breiten Hunderhos. Die Frauen und Mädchen — munter, schlank und diegsam wie Weidenruten, mit dunkelblauen Augen und ebenfalls bronzefarbener Haut; ihr Haar, schwarz und seidenschweich, trugen sie offen, mit Münzketten geschmückt, und der warme leichte Wind spielte munwillig mit dem locken Haar und ließ die Münzen leise klingen. Der Wind wehte gleichmäßig und breit über die Steppe hin — nur mitunter schien er einen plötzlichen, jähen Anlauf nehmen zu wollen, wie um über etwas Unsichtbares hinweg zu wehen; das gab dann einen Windstoß, der scharf in die Haare der Weiber fuhr, sie hob und erte und zu phantastisch schwebenden Mähnen um ihre Köpfe formte. Von ferne gesehen, gab das diesen entschwindenden weiblichen Gestalten etwas sonderbares, märchenhaftes. Immer mehr und mehr entfernten sie sich von uns, und Phantasie und Abenddämmerung kleideten sie immer märchenhafter, immer sonderbarer.

Es ertönte Geigenpiel. Ein Mädchen sang mit sammetweicher Stimme, Gelächter drang ins Ohr — und die Phantasie, in der Dämmerung, half befreit von den Banden wirklichen Gehörens, wo alle diese Töne zu einer bunten Orlande von Blumen und Bändern, die leicht und grazios wiegend über den Köpfen der entschwindenden Gestalten schwebte.

Die Abendluft erfüllte der scharfe, salzige Duft des Meeres, vermischt mit dem fetten Geruch der erst kürzlich vom Regen durchnähten Erde. Noch irrten am Himmel wie vom letzten Regenwetter abgerissene Wolkensegen, äppig geträufelt, sonderbar gestaltet und gefärbt: hier — weich wie Rauchwolken, bläulich und stahlgrau; dort — scharf umrissen wie Felsenstücke, mattbraun, beinahe schwarz. Dazwischen jämlich leuchtende, blaue Stücken Himmel, an denen die drüberhin gestreuten goldnen Sternpunkte schon blinzeln zu glänzen. Und all dies — der Duft, die Wolken, die Sterne, die Menschen — war zauberhaft: schön in dieser düstergoldigen Beleuchtung, aber in unspürbarer Wehmut getaucht, wie der Beginn eines Wundermärchens. Alles lebte — harmonisch und schön — und dennoch schien es alles abzustirben — wie plötzlich im Wachstum und Gedeihen aufgehoben: es fehlte Geräusch, Lärm, lebendiges, nervösbelebtes Klingen; es fehlten jene Lebenslaute, die immer lauter werden können. Der Lärm aber, der hier das Ohr berührte, war schwach und unterbrochen, und schien schon abzustirben, schien, sich entfernend, in ein leises Seufzen überzugehen — in ein Seufzen unbestimmten Bedauerns, schneidenden Zudens, Vielleicht des Zudens nach Glück? — Nach diesem ewig unspürbaren, ewig unberechenbaren Menschenglück?

Ich ließ all dies an mir vorbeiziehen und es entstanden in mir phantastische Wünsche. Ich wünschte, in Staub verwandelt und vom Winde

überallhin geweht zu werden. Ich wünschte, als warmer Strom die Steppe zu durchfließen, mich dann ins Meer zu ergießen und als zarier Nebelhaut gen Himmel empor zu schweben. Ich wünschte, ich könnte allein solch wehmütig zauberhaften Abend ganz und voll erfüllen. Und mir wurde so traurig zu Mut — ich weiß selber nicht warum.

„Warum bist du nicht mit den andern gegangen?“ fragte mich die alte Jfregil und nicht nach dem Meere zu.

Von der Zeit war sie gebeugt, wie ein halb ugeklapptes Taschenmesser; die einst wohl dunkelblauen Augen waren trübe und trüben. Ihre trockene Stimme erschallte ohne Vibrationen, sie knarrte gewissermaßen, als spräche die Alte mit den Knochen. Daß sie überhaupt noch sprechen konnte!

„Ich mag nicht,“ antwortete ich auf ihre Frage.

„U . . . u!“ — Als Greise werdet ihr geboren, ihr Nordländer! Finster seid ihr alle, wie Dämonen. Unsere Mädchen fürchteten dich — und doch bist du jung und stark.“

Der Mond war aufgegangen. Seine Scheibe war groß und blutrot. Sie schien aus den Schöße dieser Steppe emporgetaucht zu sein, die im Laufe der Jahrhunderte soviel Menschenfleisch und Menschenblut geschluckt, daß sie wohl deshalb so fett und so fruchtbar geworden. Der spitzengepunktete Schatten der Rebenblätter fiel auf uns; er bedeckte mich und die Alte wie mit einem Netz, dessen Maschen auf uns unaufföhrlich zitterten und tanzten. Und links von uns, über die Steppe hinweg, schwebten die Schatten der Wolken, die jetzt, vom Mondeslicht durchtrönt, heller und durchsichtiger wurden. Kaum, kaum vernehmbar schallten die Geräusche vom Meere her, das leichte Weinen der Geige, das helle Lachen eines Mädchens, der schmiegsame Bariton eines

Kurse der Valuten.

Die tschechische Krone notiert in:

Paris	Schw. Frank	0'19.20
Berlin	Mark	102.00
Wien	Österr. Kr.	2225.-

Prager Kurse.

	Gold	Ware
100 holl. Gulden	1125.00	1120.00
100 Mark	115.00	135.00
100 schwed. Frank	541.50	544.50
100 Lire	123.75	125.25
100 franz. Frank	217.25	218.75
1 Pfund Sterling	125.00	126.50
1 Dollar	28.70.00	29.10.00
100 belg. Frank	202.00	204.00
100 Dinar	42.50	43.00
100 österr. Kronen	0'08.12	0'04.12
100 poln. Mark	0'21.00	0'31.00
100 magyar. Kronen	1'04.00	1'14.00

Büchlicher Schlusskurse (Devisen).

Berlin	0'17.50	Paris	40'27.50
Wien	0'00.82	Mailand	2'72.00
Prag	19.20	Subsibir	0'21.00
Holland	207.75	Pragm	3'02.50
New York	5'34.75	Warschau	0'05.50
London	23.63	Wien geit.	0'00.87

Aus der Partei.

Bezirkskonferenz Auffsig.-Land. Sonntag tagte in Auffsig die diesjährige ordentliche Konferenz des Organisationsbezirktes Auffsig.-Land. Sekretär Genosse Boratschek erstattete den Tätigkeitsbericht, welcher zeigt, daß die Wirkungen der Spaltung endgültig überwunden sind. Die Berichte wurden durch Genossin Lorenz ergänzt, welche namens des Frauenbezirkskomitees sprach, sowie durch den Bericht des Genossen Stalberger, des Vertreters des Bezirksbildungsvereins. Die Berichte wurden einstimmig zur Kenntnis genommen. Abg. Genosse Beutel referierte über die politische und wirtschaftliche Lage. An das Referat schloß sich eine längere Diskussion. Ueber Organisation und Presse berichtete Genosse Selina. Es wurde ein Antrag der Bezirksvertretung angenommen, wonach alle Parteimitglieder während der Zeit der vollständigen Arbeitslosigkeit von der Beitragsleistung befreit werden. Zum Bezirksvertrauensmann wurde einstimmig Genosse Beutel wiedergewählt. Es wurde sodann besprochen, einen Bildungskurs für die Gemeindefunktionäre zu veranstalten.

Die Bezirkskonferenz Reuttschein fand am 8. d. in Jandhel statt. Die Lokalorganisationen waren durch 26 Delegierte vertreten. In Vertretung der Landespartelleitung war Genosse Szrajil erschienen. Kreisvertrauensmann Abg. Genosse Joll und Genosse Senator Pink waren gleichfalls anwesend. Bezirksvertrauensmann Genosse Dr. Löwy erstattete über die Tätigkeit der Bezirksorganisation den Bericht, aus welchem zu entnehmen war, daß die Organisation trotz der Ungunst der Verhältnisse und der schwierigen politischen und wirtschaftlichen Lage ihre Aufgabe zu erfüllen vermochte. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung, Bildungsarbeit, referierte Genosse Ritschmann. Genosse Joll betonte, daß vom Kreise weitestgehende Unterstützungen in allen das Bildungswesen fördernden Einrichtungen gewährt werden und appellierte an die Delegierten, in den Lokalorganisationen dafür Sorge zu tragen, daß die schon vorhandenen Bildungseinrichtungen mehr als bisher benützt werden, er verwies insbesondere auf die Wanderbibliotheken. An der darauf folgenden Debatte beteiligten sich die meisten Delegierten und begrüßten es, daß mit dieser so wichtigen, für den Klassenkampf unerlässlichen Forderung der Bildungsarbeit ernst gemacht und begonnen wird. Zum dritten Punkt der Tagesordnung referierte Senator Genosse Pink über die politische und wirtschaftliche Lage. Er schilderte in seinen Ausführungen die trostlose Lage der Industrie und die Unfähigkeit der Regierung und gefiel in scharfen Worten die brutale Vergewaltigung des Proletariats, welches als Puffer zwischen der Staatsgewalt und der Profitgier der Unternehmer benützt wird. Er betonte, daß es nur dann möglich sein wird, die Arbeiterklasse vor Schaden zu bewahren, wenn sich alle ihrer Lage bewußten Arbeiter fester denn je zusammen-

Genossen, leset und verbreitet die Arbeiterpresse.

OSRAM NITRA
Das sonnenklare weiße Licht

menschlichen und durch Einigkeit der Willen der Unternehmer und der Regierung einen Damm entgegen setzen. In der Debatte beklundeten die Delegierten volles Verständnis für die Sache und es wurde folgende Resolution angenommen:

Die am 8. Oktober 1922 in Jandhel tagende Bezirkskonferenz faßt angesichts der furchtbaren Wirtschaftskrise, die die Existenz von Millionen von Arbeitern bedroht, den Beschluß: „Unsere Parteivertretung wird aufgefordert, von der Regierung die sofortige Einberufung des Parlamentes, sowie die sofortige Ergriffung der von der Parteivertretung und den Gewerkschaften vorgeschlagenen Maßnahmen, um das ärgste Elend und die größte Gefahr von der Arbeiterklasse abzuwenden. Die Konferenz ist sich klar, daß dies alles nur Maßnahmen sind, die momentan wirken und daß eine Abwendung derartigen Krisen in Zukunft nur mit der endgültigen Beseitigung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung eintreten kann. Wir verlangen daher von allen Genossen in diesem Sinne Aufklärungs- und Agitationsarbeit. Diese gegenwärtige Krise zeigt den Kapitalismus in seinen Todesstadien, deshalb fordert die Konferenz von allen Vertrauensmännern, die Organisationen auszubauen, sie kampffähig zu machen, damit sie dem Zusammenbruch der kapitalistischen Wirtschaft gerüstet gegenüber stehen. Die Parteivertretung wird aufgefordert, im ganzen Gebiete der Republik am Tage der Parlamentseröffnung in allen Orten Massenkundgebungen zu veranstalten, die den Willen der Arbeiterklasse angesichts der Wirtschaftskrise zum Ausdruck bringen.“

Die hierauf vorgenommenen Wahlen hatten folgendes Ergebnis: In die Bezirksleitung wurden wieder, bezw. neu gewählt: Dr. Löwy (Bezirksvertrauensmann), Ritschmann (Stellvertreter), Czernohil Alois (Kassier), Schwarz Marie (Schriftführerin).

Bezirkskonferenz Freiwaldau. Bei der in Böhmischdorf stattgefundenen Bezirkskonferenz wurden neu gewählt: zum Bezirksobmann Ferdinand Seifert, Stellv. Jos. Reda, Kassier Dr. Jakob Klein, Schriftführer Heinrich Benschert, Bezirks-Bildungsreferent Josef Drešcher. Aus dem Berichte des Sekretärs ging hervor, daß in zwei stark kommunistisch durchseelten Orten zwei Ortsgruppen eingegangen sind, in zwei anderen Orten dagegen zwei neue Ortsgruppen gegründet wurden, die große Lebenskraft bekunden. Arbeitslosigkeit und deutsche Valutalähne hundert Arbeiter machen diesen eine Mitgliedschaft unmöglich und bilden große Hindernisse zum Vorwärtkommen. Der Kassastand hat sich trotzdem gehoben. Genossin Joll hielt einen Vortrag über „organisatorische Fragen“, Genosse Drešcher über Bildungsarbeit.

WARENHAUS PRAG II., HYBERNSKÁ UL. 7.
hat Stoffe, Manufakturwaren, Wäsche, Gummimittel, Kravatten, Schuhe und alle sonstigen einschlägigen Artikel
in unerreicht billigen Preisen!

Amerikanische Dauerbrand-Oefen
Mehr Wärme bei Heizmaterialersparnis!
AMERICAN HEATING
Akt.-Ges. Prag
Národní 33. Tel. 3428

Ein Arbeiter-Taschenkalender für das Jahr 1923
der allen Ansprüchen Rechnung trägt, die an ein solches Buch gestellt werden können, wird vom Parteivorstand der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik herausgegeben. Trotz des niedrigen Preises von 6 Kronen enthält der Taschenkalender, der gut gebunden ist, eine Fülle von Wissenswerten. Außer einem Kalendarium, einem Tagebuch und den für gewerkschaftlich und politisch organisierte Arbeiter wichtigen Adressen findet man in diesem Handbuch für Vertrauensmänner, so darf man diesen Kalender wohl nennen, Aufsätze aus den Gebieten der sozialen Gesetzgebung und der Volkswirtschaft, sowie vieles Wissenswerte für den Arbeiter.
Bestellungen übernehmen alle Kolporteurs, unserer Parteipresse und die Vertrauensmänner unserer Organisationen, sowie das Sekretariat der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Kopylov-Schönan, Seilerstraße Nr. 1. 1087

Kunst und Wissen.

Gastspiel Moissi (Neues deutsches Theater in Prag). Der Oswald der „Gespensler“ und „Hamlet“ sind zwei Rollen, gesättigt mit schaupielerischer Heberlieferung, jedes Wort, das sie zu sprechen haben, ist durchgründet und gewissenhaft beschwert von Gedankenarbeit der Generationen. Da neue Hintergründe zu öffnen oder Ungeahntes zum Ringen zu bringen, ist fast ein Ding der Unmöglichkeit, Moissi jedenfalls tut es nicht. Seine Leistung ist bis ins Letzte zurechtgeschliffen, Tonfall und Gestik erlesen berechnet. Wie er etwa als Oswald vor der entscheidenden Mitteilung an seine Mutter unster durchs Zimmer irrt oder unter der Erscheinung des königlichen Gespenstes nach rückwärts schnell, die Sturzwellen seiner Worte, die Bewegungen wie von gebogenem Stahl, das Unvermittelt-Fortreichende seiner Ausbrüche macht ihm kaum ein Müstrebender nach. Aber er bleibt dabei der Schauspieler einer Epoche, die in allen ihren Kunstleistungen den Ausdruck über die Innerlichkeit stellt, der die Gebärden des Seins wichtiger sind als dessen verborgenen fließende Quellen. Man entsinne sich nur, wie Moissi die großen Reden Hamlets (abgesehen vom ersten, meisterlich gesprochenen Monolog) auf ihren Klang und nicht auf ihre Bedeutung hin spricht, und man wird die Wichtigkeit des oben Gesagten zugeben müssen, wie sehr man sich auch der Anmut und künstlerischen Energie von Moissis Dänenprinzen mag gefangengeben haben. Kein Virtuoso, sondern ein Künstler, doch einer, den eine fessellose, vom Nervenfieber gepeitschte Zeit geboren hat, spricht aus Moissis Munde zu uns. Von seinen Mitspielern an den beiden Abenden ist zu sagen, daß sie sich nach besten Kräften bemühten, die Stimmung zu wahren. Bloß Roman Reinhardt als Pastor Wanders und als König und Frau Pittschau als Königin hätte man uns ersparen dürfen. Die stilvolle, mit einfachen Mitteln würdige Eindrücke erzielende Regie Robin Roberts verdient alles Lob.

Neues Theater. Heute, den 11. d.: „Der letzte Walzer“; Donnerstag, den 12.: „Der lebende Leichnam“ (mit Moissi); Freitag, den 13.: „Der Wolf“; Samstag, den 14.: „Hugenotten“, 10 Uhr nachts „Abenteuer in Marokko“; Sonntag, den 15.: „Verteilstudent“, abends „Bajadere“.
Kleine Bühne. Heute, den 11.: „Diebelei“; Donnerstag, den 12.: „Vatermord“; Samstag, den 14.: „Haben Sie nichts zu verzollen?“

Turnen und Sport.

Fußball. Die Wiener Meisterschaft Admirals sieben Punkte, Sokoah sechs, Amateure sechs, Rapid fünf, Hertha fünf; Tabellenletzte sind WAF und Vienna mit 0 Punkten.

Stinnes — als Sportmann! In der „Morgenzeitung“ finden wir folgende Notiz: Wie die Mainzer „Sportlichen Nachrichten“ melden, sind die vielgelesenen deutschen Sportblätter „Fußball“ und „Rider“ in den Besitz des Berliner Scherl-Verlages übergegangen, der dem großen Stinnes-Konzern angehört. Die beiden Blätter werden fusioniert, der „Rider“ soll als Montag-, der „Fußball“ als Mittwoch-Ausgabe weitererscheinen. Beide bisherigen Verleger bleiben in dem Konzern beteiligt. Diesem Ereignis widmet das „Hamburger Sport-Extrablatt“ eine längere interessante Betrachtung und ergänzt die Meldung durch die weitere Mitteilung, daß auch die Berliner „Radwelt“ — das älteste und bekannteste deutsche Sportorgan — ab 1. Oktober nicht mehr selbstständig erscheine, sondern an den Verlag „Das Sportblatt“ übergegangen sei, und nunmehr unter dem Titel „Das Sportblatt mit Radwelt“ weitererscheinen werde. Hinter diesem Konzern steht aber auch kein Anderer, als Hugo Stinnes, der Allgewaltige.

Reichsthatteil. Schweizer Reford. Das Schweizer Athletikkomitee hat nachstehende Leistungen als Refords anerkannt: Olympische Stafette 3:28.6, Ländermannschaft (Scherer, Jmbach, Strech, Münch). Angestrichen: 12.62 Meter, Garnus, 400 Meter: 49.6 Jmbach; 5000 Meter: 15:44.6 Gaschen. Als Ausländer-Bestleistungen wurden genehmigt: 200 Meter: 22.1 Jmbach, 400 Meter: 49.4 Jmbach, 5000 Meter: 15:29.3 Garin; sämtliche beim Länderkampf Deutschland-Schweiz in Frankfurt a. M.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Das Beste für Ihre Augen
besucht **Optiker Deutsch, Prag**
Graben 25. Hl. Bazar.

Herausgeber: Dr. Ludwig Czoch und Karl Czernah.
Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag.
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß.
Für den Druck verantwortlich: O. Polik.

BERSON
GUMMI-ABSATZ UND GUMMI-SOHL
Ist billiger und dauerhafter als Leder
Bester Schutz gegen Kälte und Nässe

Restaur. ant. goldenes Kreuz
PRAG II., Nokrzancka 7.
Von Montag den 2. Oktober
1 Mittagessen
Kč. 4.50
nur im Kreuzi Keller, abends Mönch-Kindibler.

Stadtamt Oberleutensdorf.
G. J. K I 125/22-9.

Verkaufsangebot.

Die Stadtgemeinde Oberleutensdorf bietet ihre Gasthausrealität „Zur Krone“ Konstr.-Nr. 45 in Oberleutensdorf, (Majarskýplatz) zum Kaufe an. Das geringste Preisangebot ist mit 220.000 Kč festgesetzt. Die näheren Bestimmungen des Verkaufsangebotes sind aus der diesbezüglichen Rundmachung an der Amtstafel des Stadtkamtes in Oberleutensdorf zu entnehmen und werden den Kaufinteressenten über Abruf gegen Erfah der Zustellungskosten zugesendet. Die Kaufangebote sind in schriftlicher Fassung unter Verschluss mit dem Kennwort „Kaufangebot Krone“ bis 21. Oktober 1922 beim Stadtamt in Oberleutensdorf einzubringen. Die Stadtgemeinde behält sich eine Annahmefrist von 30 Tagen nach dem Kaufangebotsstermin vor.

Der amtierende Bürgermeister:
Dr. Franz Schott.

Bibliotheken
für Organisationen, Vereine, Gemeinden, Gewerkschaften, Schulen usw. werden zweckentsprechend zusammengestellt, sowie ergänzt, von der **Vollstbüchhandlung Ernst Sattler, Karlsbad.**
Sozialistische Theater-Stücke und Vortragsbücher für Vereine senden wir in großer Auswahl auf Wunsch zur Ansicht. **Verhandlungsfreiheit, Kopylov-Schönan, Seilerstraße 18.**